



Bericht

des Landesbeauftragten für politische Bildung

Bericht zur politischen Bildung in der 19. Wahlperiode



LANDESBEAUFTRAGTER
FÜR POLITISCHE
BILDUNG



Bericht des Landesbeauftragten für politische Bildung in der 19. Wahlperiode

Bericht des Landesbeauftragten für politische Bildung in der 19. Wahlperiode



Foto: Kaja Grope.

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,
sehr geehrte Mitglieder des
Schleswig-Holsteinischen Landtages,
sehr geehrte Damen und Herren,

politische Bildung leistet einen unverzichtbaren Beitrag, um die Bürger*innen – insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene – für unsere Demokratie zu gewinnen. Die Einsicht in die Vorzüge unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung vererbt sich nicht von allein. Diejenigen, die erst neu in unsere politische Ordnung hineinwachsen, müssen diese Ordnung mit ihren Werten und Normen verstehen lernen. Und wir müssen versuchen, diejenigen, die an unserer Demokratie und an unserem Rechtsstaat zweifeln, mit guten Argumenten und gesamtgesellschaftlichen Bemühungen für unser Gemeinwesen zurückzugewinnen.

Ich freue mich, Ihnen – auch im Namen meiner Mitarbeiter*innen – den Bericht über meine Tätigkeit in der 19. Wahlperiode vorlegen zu können. Der Bericht zeigt die grundlegende Bedeutung politischer Bildung in sechs Handlungsfeldern auf und dokumentiert die Aktivitäten des Landesbeauftragten für poli-

tische Bildung entlang von sieben Themenfeldern. Ein eigenes Kapitel ist dem Besuch des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier im März 2019 in Neumünster gewidmet. Projekte zu den im Berichtszeitraum stattgefundenen Wahlen werden ebenfalls in einem separaten Kapitel dargestellt. Der Bericht endet mit konkreten Handlungsempfehlungen für eine Weiterentwicklung und Stärkung der politischen Bildung in Schleswig-Holstein.

Laut § 7 des Gesetzes zur Einrichtung des Amtes eines oder einer Landesbeauftragten für politische Bildung (PolBiLBeauftrG SH) legt der Landesbeauftragte in jeder Wahlperiode einen Bericht über die Situation der politischen Bildung sowie seine Tätigkeit vor. Der Berichtszeitraum des vorliegenden Berichts reicht vom 1. Februar 2017 bis zum 30. Juni 2020. Alle Zahlenangaben dieses Berichts geben – soweit nicht anders angegeben – den Stand des 30. Juni 2020 wieder.

Mein Dank gilt dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages und seinen Stellvertreterinnen, allen Mitgliedern des Schleswig-Holsteinischen Landtages sowie den Mitarbeiter*innen der Fraktionen und der Landtagsverwaltung für die gute Zusammenarbeit und die entgegengebrachte Wertschätzung für meine Arbeit. Ebenso danke ich den Mitgliedern des Kuratoriums des Landesbeauftragten für politische Bildung und den vielen Kooperationspartner*innen im gesamten Bundesland für den gemeinsamen und gewinnbringenden Einsatz für die politische Bildung in Schleswig-Holstein.

Kiel, den 30. September 2020

Dr. Christian Meyer-Heidemann
Landesbeauftragter für politische Bildung

Inhalt

	Vorwort	3
1	Der Landesbeauftragte für politische Bildung	
1.1	Mission Statement	6
1.2	Kuratorium	7
1.3	Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln	7
2	Handlungsfelder der politischen Bildung	
2.1	Politische Bildung in der Schule	8
2.2	Außerschulische politische Jugendbildung	11
2.3	Politische Erwachsenenbildung	14
2.4	Politische Bildung für Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung	15
2.5	Publikationen	16
2.6	Digitales	18
3	Aktivitäten und Projekte in verschiedenen Themenfeldern der politischen Bildung	
3.1	Grundfragen der politischen Ordnung	20
3.2	Historische Bildung und Erinnerungskultur	22

3.3	Bürgerschaftliches Engagement und kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung	25
3.4	Extremismusprävention	27
3.5	Digitalisierung und Medienkompetenz	30
3.6	Europäische und internationale Politik	32
3.7	Landeskunde Schleswig-Holstein und nationale Minderheiten	34

4 Besuch des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier 36

5	Projekte und Aktivitäten zu Wahlen	
5.1	jung & wählerisch	38
5.2	Wahl-O-Mat	40
5.3	Wahl-O-Mat zum Aufkleben	42
5.4	Juniorwahl	44
5.5	Diskussionen und Seminare für Erstwähler*innen	45
5.6	Weitere Projekte im Vorfeld von Wahlen	46

6 Handlungsempfehlungen 48

7 Ansprechpartner*innen 54

1.

Der Landesbeauftragte für politische Bildung



1.1 Mission Statement

Der Landesbeauftragte für politische Bildung nimmt in Schleswig-Holstein die Aufgaben der früheren Landeszentrale für politische Bildung wahr. Er berät die Landesregierung und den Landtag in Grundsatzangelegenheiten der politischen Bildung. Der Landesbeauftragte und sein Team arbeiten überparteilich und politisch unabhängig. Die Bildungsangebote richten sich an alle Bürger*innen, um die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu stärken und die politische Kultur in Schleswig-Holstein zu bereichern. Gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartner*innen entwickelt der Landesbeauftragte neue Ideen für die politische Bildung und setzt diese in die Praxis um.

Die Themen der Veranstaltungen und Projekte sind vielfältig. Neben aktuellen politischen Fragen werden auch historische Ereignisse und Entwicklungen aufgegriffen. Oft steht der thematische Bezug zu Schleswig-Holstein im Mittelpunkt, aber es werden ebenso nationale und internationale politische Entwicklungen analysiert. Der Landesbeauftragte für politische Bildung setzt bei Veranstaltungen und Projekten auf Formate und Methoden, die einen Austausch zwischen den Teilnehmer*innen ermöglichen. Die Teilnahme an Veranstaltungen und Projekten ist grundsätzlich kostenfrei.

Der Landesbeauftragte für politische Bildung macht vielfältige digitale Bildungsangebote. Zunehmend werden Veranstaltungen auch auf digitalen Plattfor-

Mitglieder des Kuratoriums des Landesbeauftragten für politische Bildung in der 19. Wahlperiode, v.l.n.r.: Tobias von der Heide, MdL; Karsten Biermann (Vorsitzender des Kuratoriums); Jette Waldinger-Thiering, MdL (stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums); Jan Oliver Kammesheidt; Lasse Petersdotter, MdL; Anita Klahn, MdL; Tobias von Pein, MdL; Monika Peters; Jens Henriksen. Es fehlen: Dr. Frank Brodehl, MdL; Helmut Landsiedel; Doris Lorenz; Christian Waldheim; Anna Weigand. Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung / Dr. Hauke Petersen.



men angeboten, um den Kreis der Teilnehmer*innen zu erweitern. Die Website *politische-bildung.sh* bildet eine zentrale Plattform für die politische Bildung in Schleswig-Holstein. Außerdem bietet der Landesbeauftragte Informationen und Diskussionsbeiträge in den sozialen Medien auf Facebook, Twitter und Instagram an. Im Online-Shop können Bürger*innen kostengünstig Bücher, Broschüren und weitere Materialien versandkostenfrei bestellen.

1.2 Kuratorium

Das 14-köpfige Kuratorium besteht aus Vertreter*innen der Landtagsfraktionen sowie je einer von jeder Fraktion zu benennenden sachverständigen Person, die in Institutionen oder Verbänden mit Fragen der politischen Bildung befasst ist. Die parteinahen Bildungseinrichtungen der im Landtag vertretenen Parteien benennen ebenso wie die Landesschüler*innenvertretungen jeweils eine*n gemeinsame*n Vertreter*in. Die Mitglieder werden für die Dauer der Wahlperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages bestellt.

Das Kuratorium nimmt regelmäßig Berichte des Landesbeauftragten über seine Arbeit entgegen, diskutiert zu fachlichen Fragen und gibt Anregungen für die politische Bildungsarbeit. Es kann bei Bedarf weitere Expert*innen zur Beratung hinzuziehen. Die Sitzungen des Kuratoriums sind grundsätzlich öffentlich.

1.3 Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln

Die Personal- und Sachmittel des Landesbeauftragten für politische Bildung sind in einem eigenen Haushaltskapitel aufgeführt. Der Landesbeauftragte wird von einem Team von sieben Mitarbeiter*innen unterstützt. In der aktuellen 19. Wahlperiode wurden Stellen mit den Themenschwerpunkten „Parteiendemokratie und Populismus“ sowie „Bildungsarbeit gegen Antisemitismus“ eingerichtet. Die Sachmittel für politische Bildungsmaßnahmen betragen 280.000 Euro pro Jahr. Hinzu kommen weitere zweckgebundene Mittel, wie etwa 30.000 Euro für Projekte zu Wahlen und Europa, sowie Verwaltungsausgaben.

2.

Handlungsfelder der politischen Bildung

Die Aktivitäten des Landesbeauftragten für politische Bildung lassen sich in sechs Handlungsfelder untergliedern. Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene finden sowohl im schulischen Kontext als auch in der außerschulischen politischen Kinder- und Jugendbildung statt. Hinzu kommt der allgemeine Bereich der Erwachsenenbildung. Als Handlungsfeld mit eigenen Herausforderungen wird die politische Bildung für Menschen mit Flucht- oder Migrationserfahrung aufgefasst. Neben der Herausgabe und Verbreitung von Publikationen hat das Handlungsfeld der digitalen Bildungsangebote zunehmend an Bedeutung gewonnen.

2.1 Politische Bildung in der Schule

Der politischen Bildung in der Schule kommt eine zentrale Bedeutung zu. Kennzeichnend für dieses Handlungsfeld sind die allgemeine Erreichbarkeit junger Menschen sowie die Verbindlichkeit und der hohe Grad an Formalisierung der Bildungsangebote. Politische Bildungsprozesse werden sowohl durch den Fachunterricht der politischen Bildung als auch durch innerschulische Beteiligungserfahrungen sowie durch die allgemeinen Bestrebungen der Schule zur Demokratiebildung angeregt.

Daher sollte in der Betrachtung der Ausgangslage und der Beurteilung der Bildungspotenziale grundlegend zwischen dem Fachunterricht der politischen Bildung und der Demokratiebildung als Aufgabe aller Schulfächer sowie der Schule insgesamt unterschieden werden. Beide Ansätze haben unterschiedliche Schwerpunkte und Bildungspotenziale; sie stehen nicht in Konkurrenz, sondern verhalten sich komplementär zueinander.

Der Fachunterricht der politischen Bildung an den Gymnasien findet in erster Linie im Fach Wirtschaft/Politik statt. Damit ist an den Gymnasien eine deutliche Verankerung der politischen Bildung in einem Schulfach gegeben. Die Ausbildung der Wirtschaft/Politik-Lehrkräfte erfolgt in Schleswig-Holstein durch Studiengänge mit fundierten fachwissenschaftlichen Anteilen, die auf die fachlichen Herausforderungen der schulischen Curricula abgestimmt sind. Durch das Instrument der Kontingentstundentafel variieren die in der Sekundarstufe I tatsächlich unterrichteten Wochenstunden im Fach Wirtschaft/Politik jedoch deutlich – ebenso die Jahrgangsstufe, in der mit dem Fachunterricht Wirtschaft/Politik begonnen wird. Der Durchschnitt der erteilten Jahreswochenstunden in der Sekundarstufe I lag im Schuljahr 2017/2018 bei 2,8, im Schuljahr 2018/2019 bei 2,7.¹ Ab dem Schuljahr 2020/2021 soll aufwachsend ab

¹ Kleine Anfrage der Abgeordneten Jette Waldinger-Thiering und Antwort der Landesregierung – Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur; Drucksache 19/1753 vom 23.10.2019.

Jahrgangsstufe 7 für das Fach Wirtschaft/Politik ein verbindliches Mindestkontingent von vier Jahreswochenstunden in der Sekundarstufe I eingeführt werden.²

Der Fachunterricht der politischen Bildung an den Gemeinschaftsschulen hat bislang keine eindeutige Verankerung in einem Schulfach. Im Bereich Gesellschaftswissenschaften integriert das Fach Weltkunde vor allem historische und geographische, aber mit geringerem Anteil auch politische Themen. Jedoch sind die Lehrkräfte des Faches Weltkunde überwiegend durch ein Lehramtsstudium des Faches Geschichte oder Geographie qualifiziert. Die politischen Themen im Weltkundeunterricht werden daher in der Regel fachfremd unterrichtet und ihre tatsächlichen Anteile am Unterrichtsfach sind gering. Erschwerend kommt hinzu, dass ebenfalls politische Inhalte an den Gemeinschaftsschulen im Fach Wirtschaft/Politik verortet sind, dieses Fach aber nicht dem Bereich Gesellschaftswissenschaften, sondern dem Bereich „Arbeit, Wirtschaft und Verbraucherbildung“ zugeordnet ist. Daraus ergibt sich, dass für die politische Bildung an den Gemeinschaftsschulen keine klare Fachzuordnung vorliegt, da sie auf zwei Fächer in zwei unterschiedlichen Bereichen der Kontingentstundentafel verteilt stattfindet. Das kann zur Folge haben, dass Unterrichtsthemen entweder mehrfach oder teils überhaupt nicht behandelt werden, die ohnehin knappe Unterrichtszeit insgesamt nicht effizient genutzt wird oder vertiefende Unterrichtsinhalte der politischen Bildung in keinem der beiden Fächer ihren Raum finden.

In Verbindung mit den Gestaltungsmöglichkeiten der Kontingentstundentafel ergibt sich ein äußerst heterogenes Bild der politischen Bildung im Fachunterricht der Gemeinschaftsschulen. Der durchschnittlich erteilte Unterricht in der Sekundarstufe I

lag nach Angaben des *Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur* im Fach Weltkunde bei 14,1 Wochenstunden (Schuljahr 2018/19) an Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe³, im gleichen Jahr lag der Durchschnitt im Fach Weltkunde an Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe bei 10,5. Für das Fach Wirtschaft/Politik lagen die Zahlen hingegen bei durchschnittlich 3,2 Wochenstunden (Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe, 2018/19) bzw. 4,9 Wochenstunden (Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe, 2018/19). Ab dem Schuljahr 2020/2021 soll auch an den Gemeinschaftsschulen aufwachsend ab Jahrgangsstufe 7 das Fach Wirtschaft/Politik mit einem verbindlichen Mindestkontingent von vier Jahreswochenstunden in der Sekundarstufe I unterrichtet werden.⁴

Der Politikunterricht an den Berufsschulen findet im Fach Wirtschaft/Politik statt, das in der Regel zweistündig pro Woche unterrichtet werden soll. In der Lehramtsausbildung für dieses Fach besteht an der *Christian-Albrechts-Universität zu Kiel* (Profil Wirtschaftspädagogik) das strukturelle Problem, dass Studierende das Fach Wirtschaftswissenschaft zwar mit elf weiteren Fächern, nicht aber mit dem Fach Wirtschaft/Politik kombinieren können. Dies führt in der Praxis an den Berufsschulen dazu, dass die politischen Inhalte im Schulfach Wirtschaft/Politik von Lehrkräften unterrichtet werden, die überwiegend kein politikwissenschaftliches oder politikdidaktisches Studium absolviert haben.

Die allgemeine Demokratiebildung bildet einen wichtigen komplementären Ansatz zum Fachunterricht der politischen Bildung. Diese Aufgabe ergibt sich aus dem allgemeinen Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule, insbesondere den pädagogischen Zielen (§ 4 SchulG). Hierzu können alle Schulfächer sowie fächerübergreifende und außerunterrichtliche

2 Schreiben der Ministerin Prien vom 4. Februar 2020 an die Schulleitungen der Gymnasien und Gemeinschaftsschulen.

3 Kleine Anfrage der Abgeordneten Jette Waldinger-Thiering und Antwort der Landesregierung – Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur; *Drucksache 19/1753* vom 23.10.2019.

4 Schreiben der Ministerin Prien vom 4. Februar 2020 an die Schulleitungen der Gymnasien und Gemeinschaftsschulen.



Politische Bildung in der Schule: Eine Fortbildung für Lehrkräfte und Schülervertretungen, die der Landesbeauftragte für politische Bildung gemeinsam mit Ministerpräsident Daniel Günther eröffnete.
Foto: Staatskanzlei.

Bildungsangebote ihren Beitrag leisten. Da Demokratiebildung nicht rein kognitiv, sondern durch die Erfahrungen des eigenen Handelns erfolgt, kommt den realen demokratischen Handlungsmöglichkeiten ein besonderer Stellenwert zu. Hier sind in erster Linie innerschulische Beteiligungsmöglichkeiten von Schüler*innen, wie z. B. Klassenrat und Schüler*innenvertretung sowie die Mitbestimmung in Schulkonferenzen, zu nennen.

Außerdem ist für gelingende politische Bildungsprozesse die Begegnung mit realer Politik und den dort handelnden Personen besonders förderlich. Diese Begegnungen können außerschulisch erfolgen (z. B. durch Besuche des Landtages, der Kommunalvertretungen oder weiterer politischer Organisationen) oder durch die Einladung von Politiker*innen in Schulen. Der Erlass zur politischen Bildung in Schulen⁵ hebt dieses Bildungspotenzial hervor und zeigt Einbindungsmöglichkeiten von Politiker*innen in Schulveranstaltungen auf. Insbesondere vor Wahlen (siehe Kapitel 5) führte der Landesbeauftragte für politische Bildung auf dieser Grundlage etliche Dialogveranstaltungen in Schulen gemeinsam mit dem *Verband Politischer Jugend (VPJ)* durch. Das vom *Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur* in Kooperation mit *Kumulus e.V.* durchgeführte Format *dialog.P* leistet ebenfalls einen Beitrag zur Einbindung von Politiker*innen in Schulen.

Im Berichtszeitraum lassen sich die Tätigkeiten des Landesbeauftragten im Handlungsfeld der politischen Bildung in der Schule wie folgt kennzeichnen: Entwicklung und Distribution von Unterrichtsmaterial (jeweils zur Kommunal- und Landespolitik in Schleswig-Holstein, zur Revolution 1918 sowie zur Cap-Arcona-Katastrophe), projektbezogene Kooperationen (z. B. *Jugend debattiert*, *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*), Fortbildungen für Lehrkräfte, Durchführung von Fachtagen, verschiedene Projekttag u. a. zum Thema Grundrechte, Vorträge und Workshops an Schulen, Vermittlung von Referent*innen und Zeitzeug*innen für Schulveranstaltungen

sowie Schulprojekte im Vorfeld von Wahlen (siehe dazu ausführlich Kapitel 5).

2.2 Außerschulische politische Jugendbildung

Das Handlungsfeld der außerschulischen politischen Jugendbildung umfasst vor allem die verbandliche und offene Kinder- und Jugendarbeit, kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung sowie Projekte mit Jugendbildungsstätten oder anderen Trägern.

Die verbandliche Jugendarbeit bildet ein breites Spektrum gesellschaftlichen Engagements ab. In Jugendverbänden kommen Kinder und Jugendliche zusammen, werden gemeinsam aktiv, gestalten ihre Freizeit und engagieren sich für ihre Interessen. Trotz der inhaltlichen Vielfalt der Jugendverbände verfügen alle über eine verbandliche Organisation, die das Engagement strukturiert und eine Vielzahl an Bildungsangeboten bereitstellt. Die Arbeit der Verbände wird überwiegend ehrenamtlich getragen. Neben dem hohen Organisationsgrad ist dieser Bereich durch Freiwilligkeit und vergleichsweise hohes Engagement der Heranwachsenden geprägt.

Auch wenn die politische Bildung bei vielen Aktivitäten der Jugendarbeit nicht explizit im Mittelpunkt steht, leistet die verbandliche Jugendarbeit einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung und Sozialisation von Jugendlichen. Im Rahmen ihres Engagements lernen junge Menschen, ihre Interessen zu artikulieren, diese mit anderen abzustimmen und Kompromisse zu bilden. Da diese Selbstorganisation sich in verbandlichen Zusammenhängen vollzieht, die auch Repräsentationsorgane und Wahlen umfassen, lernen Jugendliche in ihrem Engagement demokratische Prozesse und Strukturen kennen. Das Wissen um demokratische Abläufe und Erfahrungen mit politischer Entscheidungsfindung sind daher ebenfalls ein Kennzeichen dieses Bereichs.

⁵ Erlass des Ministeriums für Schule und Berufsbildung vom 6. Juli 2016



Außerschulische politische Jugendbildung: Dr. Christian Meyer-Heidemann und Vertreter*innen kommunaler Jugendbeteiligung am 20. September 2019 im Kieler Landeshaus. Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung / Michael Holldorf.

Ein weiterer wichtiger Bereich im Handlungsfeld der außerschulischen politischen Jugendbildung ist die offene Kinder- und Jugendarbeit mit ihren ca. 290 Jugendzentren und -treffs in Schleswig-Holstein. Bemerkenswert an diesem Handlungsfeld ist, dass die Jugendlichen sich freiwillig für gemeinsame Aktivitäten treffen und dass die Angebote kaum formalisiert sind. Die Orte der offenen Kinder- und Jugendarbeit sind vergleichsweise niedrigschwellig und flexibel in Bezug auf mögliche Bildungsangebote.

Die besondere Beziehung der Pädagog*innen zu den Kindern und Jugendlichen ist ein weiteres wichtiges Kennzeichen dieses Handlungsfeldes. Die freiwillige Teilnahme und die Freiräume in den Einrichtungen, die sich an den Interessen der Heranwachsenden orientieren, ermöglichen den Mitarbeiter*innen in den Jugendzentren und -treffs ein vertrauensvolles Verhältnis zu den Kindern und Jugendlichen. Letztlich sollen die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit unter Einbeziehung der Jugendlichen selbst entstehen und sie zur Selbstbestimmung befähigen.

Weiterhin sind Jugendzentren und -treffs auch Anlaufpunkte für Jugendliche, die aus unterschiedlichen Gründen an anderen sozialen Aktivitäten von Gleichaltrigen nicht teilnehmen bzw. zu ihnen keinen Zugang haben. Diese Heranwachsenden haben

teilweise einen sozial prekären Hintergrund bzw. sind bildungsbenachteiligt und damit für die politische Bildung außerhalb von Jugendzentren und -treffs sowie Schule kaum erreichbar.

Somit bieten diese Orte einerseits umfassende Möglichkeiten, verschiedene Angebote der politischen Bildung in einer flexiblen, persönlich offenen und vertrauensvollen Atmosphäre umzusetzen. Andererseits können Jugendliche praktisch erfahren, was es bedeutet, an Entscheidungsprozessen beteiligt zu sein.

Ein weiterer Bereich der außerschulischen politischen Jugendbildung ist die kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung. In Schleswig-Holstein existieren 70 Kinder- und Jugendvertretungen auf kommunaler Ebene. In den unterschiedlichen Vertretungsgremien partizipieren junge Menschen an kommunalen Entscheidungen. Rechtsgrundlage hierfür ist § 47 f der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein, der eine angemessene Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, vorschreibt. Institutionalisierte Kinder- und Jugendvertretungen sowie weitere anlass- oder projektbezogene Beteiligungsformen bieten Jugendlichen eine Möglichkeit, sich in kommunalpolitischen Themen ein Urteil zu bilden und ihre Interessen zu artikulieren.

Da sich die Jugendlichen für die Vertretungsgremien selbst zur Wahl stellen müssen und sie häufig in den Kommunalvertretungen und den Ausschüssen mit Rede- und Antragsrecht beteiligt sind, lernen sie kommunale Entscheidungs- und Verwaltungsstrukturen sowie Akteur*innen kennen und sammeln Erfahrungen mit politischen Prozessen in ihren Gemeinden. Durch diese Erfahrungen eignen die Jugendlichen sich Wissen über politische Strukturen und demokratische Entscheidungsfindung an. Darüber hinaus ist die Freiwilligkeit des jugendlichen Engagements ein wichtiges Kennzeichen der kommunalen Beteiligungsstrukturen.

Der Landesbeauftragte für politische Bildung organisiert im Handlungsfeld der außerschulischen politischen Jugendbildung außerdem einzelne Jugendprojekte mit *Jugendbildungsstätten* oder anderen Trägern. Auch dieser Bereich ist durch die Freiwilligkeit der Jugendlichen, sich an den Workshops oder Seminaren zu beteiligen, und die Offenheit und Flexibilität in Bezug auf mögliche Bildungsangebote gekennzeichnet. Ein weiteres wichtiges Merkmal besteht darin, dass es sich häufig um einmalige Angebote handelt und die Teilnehmer*innen einander unbekannt sind.

Die hohe Anzahl an Akteur*innen in der außerschulischen politischen Jugendbildung führt dazu, dass in der verbandlichen und offenen Jugendarbeit die jeweiligen Dachorganisationen die wichtigsten Kooperationspartner*innen in diesem Handlungsfeld darstellen. Im Bereich der verbandlichen Jugendarbeit ist der *Landesjugendring Schleswig-Holstein e. V.* mit seinen 23 Mitgliedsverbänden und weiteren Anschlussverbänden der wichtigste Kooperationspartner für den Landesbeauftragten. In der offenen Jugendarbeit ist es das *Netzwerk Offene Kinder- und Jugendarbeit in Schleswig-Holstein (OKJA-SH)*, das ein Gremium der haupt- und ehrenamtlichen Jugendpfleger*innen ist. Angesichts der Vielzahl an Vertretungsgremien stellen auch im Bereich der kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung landesweite Initiativen, Institutionen und Formate Partner für eine Zusammenarbeit dar. Zu nennen sind hier vorrangig die für Jugendbeteiligung zuständige Stelle

im *Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren des Landes Schleswig-Holstein (MSGJFS)*, das gemeinsam mit dem *Kreisjugendring Stormarn e. V.* sowie dem MSGJFS angebotene Landesforum *PartizipAction!* sowie die Jugendinitiative zu den landesweiten Wahlen *#LaWa_SH*. Neben diesen landesweit aktiven Akteur*innen sind die *Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg*, die *Nordseeakademie Leck* und die *JugendAkademie Bad Segeberg* als wichtigste Kooperationspartner*innen im Bereich der außerschulischen politischen Bildung zu nennen.

Die landesweite Zusammenarbeit im Bereich der außerschulischen politischen Jugendarbeit wird in der beim Landesbeauftragten für politische Bildung angesiedelten *Arbeitsgemeinschaft (AG) Politische Jugendbildung* koordiniert. Das *Netzwerk OKJA-SH*, der *Landesjugendring*, das MSGJFS, das *Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur*, die genannten Bildungsstätten sowie weitere landesweit aktive Organisationen sind Mitglieder dieser AG, die auf Einladung des Landesbeauftragten für politische Bildung ca. vier Mal pro Jahr tagt.

Beispiele für die Tätigkeiten des Landesbeauftragten für politische Bildung im Handlungsfeld der außerschulischen politischen Bildung waren im Berichtszeitraum die Vernetzung der Akteur*innen in der AG *Politische Jugendbildung*, die Entwicklung eines Bildungsmaterials zum Thema Kommunalpolitik in Kooperation mit dem *Landesjugendring Schleswig-Holstein e. V.* und dem *Kreisjugendring Stormarn e. V.*, ein politisches Speed-Dating für Mädchen und junge Frauen mit Spitzenpolitikerinnen, die jährliche Kooperation im Landesforum für Kinder- und Jugendvertretungen *PartizipAction!*, die Einrichtung eines Informationsportals zur Kinder- und Jugendbeteiligung unter politische-bildung.sh/jugendbeteiligung, die zweimalige Unterstützung der landesweiten Wahlen der kommunalen Kinder- und Jugendvertretungen sowie mehrere ein- und mehrtägige Seminare für Erstwähler*innen (siehe ausführlich im Kapitel 5).

2.3 Politische Erwachsenenbildung

Das Handlungsfeld der politischen Erwachsenenbildung ist geprägt durch eine Vielzahl an Institutionen, Akteur*innen und Formaten. Grundsätzlich soll die politische Erwachsenenbildung Interesse für Politik wecken, historisches und politisches Wissen vermitteln und die politische Urteilkraft stärken. Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung sollen einen Raum bieten, in dem Bürger*innen sachlich und konstruktiv über politische und historische Themen diskutieren können. Darüber hinaus beabsichtigt politische Bildung, die Bürger*innen zur Teilnahme an politischen Beratungs- und Entscheidungsprozessen zu motivieren und zu befähigen.

Eine wesentliche Herausforderung besteht darin, Menschen zu erreichen, die sich weder politisch engagieren noch bereits politisch interessiert sind. Sie bilden eine für die politische Bildung schwer zu erreichende Zielgruppe. Aber auch diejenigen, in deren Alltag politische Bildungsangebote mit Beruf, Familie, Sport, Kultur und weiteren Freizeitange-

boten konkurrieren, stellen eine Herausforderung für die politische Bildungsarbeit dar. Vielfach bringen Senior*innen Zeit und Interesse für Angebote der politischen Erwachsenenbildung auf. Überwiegend werden klassische Präsenzformate (Vorträge, Diskussionsrunden) in Form von Abendveranstaltungen nachgefragt.

Der Landesbeauftragte für politische Bildung kooperiert hier mit zahlreichen Akteur*innen der politischen Bildung, z. B. mit den parteinahen Bildungseinrichtungen, der *Landesarbeitsgemeinschaft Schleswig-Holstein von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.*, dem *Landesverband der Volkshochschulen*, der *Deutsch-Französischen Gesellschaft Schleswig-Holstein e. V.*, dem *Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e. V.* und vielen anderen Partnern.

Das Angebot im Handlungsfeld der politischen Erwachsenenbildung umfasste im Berichtszeitraum klassische Formate wie Vorträge, Seminare und Diskussionsveranstaltungen, aber auch Workshops, Tagungen, Lesungen und Ausstellungen. Bei allen Formaten konnte sich das Publikum durch Fragen und Diskussionsbeiträge beteiligen.



Politische Erwachsenenbildung:
Die Veranstaltung *Wozu Gedenkstätten?* am 29. Juni 2018 im Kieler Landeshaus, v.l.n.r.: Prof. Dr. Jan Philipp Reemtsma, Moderator Guido Froese, Prof. Dr. Stefanie Endlich und Dr. Felix Klein, Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus. Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung / Christian Kniese.



Feierlicher Abschluss des ersten Projektdurchlaufs von *All in* im Jüdischen Museum in Rendsburg: Projektteilnehmer Wasim Tattan, Landtagspräsident Klaus Schlie, Idun Hübner (ZBBS), Dr. Christian Meyer-Heidemann und Ehsan Abri (Projektleiter *All In*) (v.l.n.r.).
Foto: Hamid Saeidi.

2.4 Politische Bildung für Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung

Es besteht nach wie vor ein großer Bedarf an politischen Bildungsangeboten für Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung. Hier gilt es, Angebote und Projekte zu konzipieren und zu unterstützen, die den grundlegenden Orientierungsbedürfnissen von Geflüchteten entsprechen. Ebenfalls werden Bildungsangebote für Menschen mit Migrationserfahrung, die schon länger in Schleswig-Holstein leben, benötigt. Dabei steht nicht allein die Wissensvermittlung über das politische System Deutschlands im Vordergrund, sondern vor allem die wertebasierten Grundlagen des demokratischen und freiheitlichen Zusammenlebens. Die Besonderheit von Bildungsformaten in diesem Bereich besteht in dem teilweise muttersprachlichen Angebot für die Teilnehmer*innen.

Im Berichtszeitraum wurde das 2016 gegründete Projekt *New Ways for Newcomers* in Kooperation mit der Zentralen Bildungs- und Beratungsstelle für Migrant*innen e. V. (ZBBS) an mehreren Standorten in Schleswig-Holstein ausgebaut. Neben der ZBBS waren u. a. *Create Future e.V.*, das *Diakonische Werk Altholstein* und das *Quartiersmanagement Vicelinviertel* in Neumünster weitere Kooperationspartner*innen. Das Projekt wurde am 8. März 2019 in Neumünster von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier besucht (siehe Kapitel 4). Darüber hinaus wurde ebenfalls in Kooperation mit der ZBBS und weiteren Partnern *All In*, das *Transkulturelle Netzwerk gegen Antisemitismus und Rassismus* ins Leben gerufen, welches seit 2018 durchgeführt wird (siehe Kapitel 3.4).

2.5 Publikationen

Der Landesbeauftragte für politische Bildung bietet zahlreiche aktuelle Publikationen (Bücher, Broschüren, Zeitschriften etc.) zu politischen und historischen Themen an. Die Publikationen werden gegen eine geringe Bereitstellungspauschale oder sogar kostenfrei abgegeben und an alle Schleswig-Holsteiner*innen kostenfrei versendet. Durch eine intensive Kooperation mit den Landeszentralen und der Bundeszentrale für politische Bildung werden regelmäßig aktuelle Verlagstitel in Form von Sonderausgaben in das Angebot aufgenommen.

21.275
abgegebene
Publikationen
im Berichtszeitraum

Ca.
100
aktuelle Titel im
wechselnden Angebot

Hauptziel der politischen Bildungsarbeit via Publikationen ist die Vermittlung von Informationen, die zu Einsichten und Kenntnissen, aber auch zu Denkansätzen auf allen Gebieten des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens führen sollen – Informationen, um gegenwärtige Probleme und Zukunftsaufgaben wahrzunehmen, um in der politischen Auseinandersetzung darüber mitreden und urteilen sowie sich informiert politisch beteiligen zu können.

Der Landesbeauftragte für politische Bildung hat etwa 100 verschiedene Titel im Angebot, die auf der Website des Landesbeauftragten bestellt oder direkt in den Räumlichkeiten im Karolinenweg 1 in Kiel erworben werden können. Zudem besteht bei Veranstaltungen regelmäßig die Möglichkeit, themenverwandte Publikationen am Büchertisch zu erhalten.

Die Bandbreite des Publikationsangebotes reicht von Fragen der Digitalisierung über zahlreiche historische und landeskundliche Werke bis hin zu Büchern, die sich mit gesellschaftspolitischen Aspekten und mit Fragen zur Zukunft der Demokratie befassen. Zunehmend wird angestrebt, auch ein jüngeres Publikum an die Publikationsangebote des Landesbeauftragten heranzuführen, z. B. über Graphic Novels zu historisch-politischen Themen.

Außerdem ist der Landesbeauftragte für politische Bildung zu ausgewählten Themen selbst publizistisch tätig. Im Berichtszeitraum wurden etwa die Unterrichtsmaterialien *Demokratie in Schleswig-Holstein. Institutionen, Akteure und Prozesse in der Landespolitik* (2020 in 2. Auflage erschienen) sowie *Demokratie direkt vor unserer Tür. Politische Gestaltungsmöglichkeiten in der Gemeinde* (2020 in 3. Auflage erschienen) herausgegeben. Speziell für den Geschichtsunterricht gab der Landesbeauftragte die Unterrichtsmaterialien *Revolution 1918. Aufbruch in Schleswig-Holstein* und *Die Geschichten um die Cap Arcona. Erinnern oder Vergessen?* heraus. In jeweils zweiter Auflage sind *Meine manipulierte Jugend*, Jugenderinnerungen der Flensburgerin Ingeburg Feddersen über das Aufwachsen im Nationalsozialismus, sowie die Broschüre *Minderheiten und Volksgruppen in Schleswig-Holstein. Informationen und Selbstverständnisse* (Autor: Frank Lubowitz) erschienen.

Das gesamte Publikationsangebot ist auf der Website des Landesbeauftragten für politische Bildung unter politischer-bildung.sh/shop zu finden.



Umfangreiches Publikationsangebot für Bürger*innen: Der Publikationsraum des Landesbeauftragten für politische Bildung im Karolinenweg 1 in Kiel.
Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung / Dr. Hauke Petersen.

2.6 Digitales

Der Landesbeauftragte für politische Bildung stellt digitale Angebote zur politischen Bildung zur Verfügung. Neben der Website *politische-bildung.sh* und der Präsenz in den sozialen Medien bietet er digitale Veranstaltungsformate z.B. in Form von Webtalks an.

Follower auf Twitter:

1.111

Follower auf Instagram:

1.203

Follower auf
Facebook:

1.915

563

Teilnehmer*innen am Webtalk
mit Alice Hasters zum
Thema Alltagsrassismus



Digitales Bildungsangebot: Ausschnitt aus dem Webtalk „Glaubt ihr das echt?!“ Verschwörungserzählungen in Zeiten der Corona-Pandemie.
Screenshot: Der Landesbeauftragte für politische Bildung.

Im Berichtszeitraum wurden die digitalen Angebote auf mehreren Ebenen ausgebaut und mit der Einrichtung eines eigenen, datenschutzkonformen Videokonferenzservers die Voraussetzungen für die Realisierung unterschiedlicher Online-Formate geschaffen. Angesichts der besonderen Herausforderung durch die Corona-Pandemie wurden ab März 2020 mehrerer ursprünglich als Präsenzveranstaltungen geplante Vortrags- und Diskussionsformate sowie kurzfristig konzipierte Angebote zu aktuellen Themen online durchgeführt. So haben beispielsweise Webtalks anlässlich des 75. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkriegs, mit Alice Hasters zum Thema Alltagsrassismus und mit Katharina Nocun zu Verschwörungserzählungen stattgefunden.

Durch die digitalen Veranstaltungsformate werden auch Personen erreicht, die üblicherweise nicht an den Präsenzveranstaltungen teilnehmen oder teilnehmen können. Die digitale Verfügbarkeit macht sowohl eine ortsungebundene Teilnahme als auch eine asynchrone Nutzung möglich, sodass Personen unabhängig von ihrem Wohnort und dem Zeitpunkt der Veranstaltung an den Bildungsangeboten teilnehmen können. Die Teilnehmer*innen können mittels Videokonferenz mit den Referent*innen ins Gespräch kommen. Neben der Möglichkeit, sich im digitalen Veranstaltungsraum an den Diskussionen zu beteiligen, werden die digitalen Formate auf der Website des Landesbeauftragten als Livestream zur Verfügung gestellt und diese können auch nach der Veranstaltung in der Infothek abgerufen werden. Insbesondere jüngere Menschen, für die Streams und Videos zur alltäglichen Mediennutzung gehören, werden über digitale Angebote besser erreicht.

Die Präsenz des Landesbeauftragten in den sozialen Medien ermöglicht es, auf Bildungsangebote aufmerksam zu machen und digitalaffine Zielgruppen anzusprechen. Im Berichtszeitraum wurden die digitalen Aktivitäten daher erheblich erweitert. Neben den bereits bestehenden Facebook- und Twitter-Accounts wurde 2018 ein Instagram-Account eingerichtet. Auf diesen digitalen Kanälen informiert der Landesbeauftragte über Angebote der politischen Bildung in Schleswig-Holstein. Dabei werden eigene Projekte

und Veranstaltungen sowie aktuelle politische Themen aufgegriffen. Weiterhin wird auf die vielfältigen Angebote politischer Bildung anderer Akteur*innen im Bundesland aufmerksam gemacht.

Die Website politische-bildung.sh wird laufend technisch und graphisch um neue Elemente erweitert, um zeitgemäß politische Bildung anzubieten. Weiterhin wurde die Website im Berichtszeitraum um Informationen auf Englisch, Dänisch, Plattdeutsch sowie Frisch und Fering ergänzt. Auch ein Bereich mit Informationen in Leichter Sprache wurde eingerichtet. Im Sommer 2020 wurde der Internetauftritt grundlegend überarbeitet und die Website bietet nun technisch die Möglichkeit, den Ansprüchen eines weitestgehend barrierefreien Auftritts gerecht zu werden.

Die digitalen Kanäle bieten auch Raum für neue Ideen der politischen Bildung: Kurz vor der Bundestagswahl 2017 wurde beispielsweise ein Instawalk mit Influencer*innen aus Schleswig-Holstein im Kieler Landeshaus durchgeführt, um auf die Wahlen und die Angebote des Landesbeauftragten aufmerksam zu machen. Außerdem wurden zur Landtagswahl 2017 Erklärvideos in Leichter Sprache produziert und auf der Website zur Verfügung gestellt. Bei Instagram rief der Landesbeauftragte unter dem Hashtag [#meinpolitischesbild](https://www.instagram.com/explore/tags/meinpolitischesbild) dazu auf, sich kreativ mit dem Begriff Politik auseinanderzusetzen. Weiterhin konnten Bürger*innen in einem Gewinnspiel ihre Gedanken zum Begriff Heimat über die digitalen Kanäle mitteilen. Bei einem weiteren Gewinnspiel im Juni 2020 wurden mehrere Online-Planispiele an Schulen in Schleswig-Holstein verlost, bei denen die Schüler*innen sich als Politiker*innen eines fiktiven Staates mit der Legitimität von Grundrechtseinschränkungen angesichts des Corona-Virus auseinandersetzten.

Die digitalen Angebote des Landesbeauftragten für politische Bildung können über die Website politische-bildung.sh sowie auf den Social-Media-Kanälen bei [Facebook \(@lpbsh\)](https://www.facebook.com/lpbsh), [Twitter \(@lpb_sh\)](https://twitter.com/lpb_sh) und [Instagram \(@lpb_sh\)](https://www.instagram.com/lpb_sh) besucht werden.

3.

Aktivitäten und Projekte in verschiedenen Themenfeldern der politischen Bildung

255

Projekte und
Veranstaltungen

49

verschiedene
Veranstaltungsorte in
Schleswig-Holstein

1.024

Teilnehmer*innen
an Peer-Guide-Führungen
während der Anne-
Frank-Ausstellung

17.224

Besucher*innen der
Anne-Frank-Ausstellung

130

Teilnehmer*innen
an der
Jugendaktionskonferenz
im Landeshaus

Die Aktivitäten und Projekte des Landesbeauftragten für politische Bildung lassen sich grob in sieben Themenfelder untergliedern: Grundfragen der politischen Ordnung, historische Bildung und Erinnerungskultur, bürgerschaftliches Engagement und kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung, Extremismusprävention, Digitalisierung und Medienkompetenz, Europa und internationale Politik, Landeskunde Schleswig-Holstein und nationale Minderheiten. In den nachfolgenden sieben Abschnitten werden wenige ausgewählte Projekte vorgestellt, die stellvertretend für eine Vielzahl weiterer Aktivitäten des Landesbeauftragten für politische Bildung in den jeweiligen Themenfeldern stehen.

3.1 Grundfragen der politischen Ordnung

Die Vermittlung und Reflexion von Grundfragen unserer politischen Ordnung sind eine dauerhafte Aufgabe politischer Bildung. Dieses Themenfeld beinhaltet Aktivitäten und Projekte, die sich mit den zentralen Strukturen, Prozessen und Institutionen des politischen Systems in Deutschland und seinen tragenden Akteur*innen auseinandersetzen. Ebenso werden grundlegende Werte und Normen der freiheitlich-demokratischen Ordnung thematisiert.

Eine Konstante im Jahreskalender des Landesbeauftragten für politische Bildung ist die Ausrichtung der



Das Landesfinale von *Jugend debattiert* am 14. März 2018 im Plenarsaal des Schleswig-Holsteinischen Landtages.
Foto: Der Schleswig-Holsteinische Landtag / Regina Baltschun.

Landesqualifikation und des Landesfinales von *Jugend debattiert*. Schüler*innen üben in diesem Wettbewerb den sachlichen und faktenbasierten Diskurs ein. Sie erlernen und erleben so, dass politische Auseinandersetzungen und konstruktive, kontroverse Diskurse zu den Grundlagen unserer Demokratie gehören. Die landesweit ca. 5.000 Teilnehmer*innen von *Jugend debattiert* treten mit guten Gründen für einen – nicht zwingend ihren eigenen – Standpunkt ein und erkennen in der Debatte, dass es auch für die Gegenposition überzeugende Argumente gibt. Die Schüler*innen lernen, dass politische Fragen stets komplexe Fragen sind. Im Landesfinale treten in zwei Altersgruppen je vier Jugendliche gegeneinander an. Die besten zwei Schleswig-Holsteiner*innen je Altersgruppe qualifizieren sich für den Bundesentscheid. *Jugend debattiert* steht unter der Schirmherr-

schaft des Bundespräsidenten. Gefördert wird das Projekt von der *Hertie-Stiftung* und der *Heinz Nixdorf Stiftung* sowie dem *Bundesministerium für Bildung und Forschung*. Die *Kultusministerkonferenz* ist Partnerin von *Jugend debattiert*. In Schleswig-Holstein wird das Projekt auf Landesebene vom Landesbeauftragten für politische Bildung und dem *Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (MBWK)* ausgerichtet. Eine Fortführung der erfolgreichen Kooperation wurde bereits bis einschließlich 2024 vertraglich vereinbart.

100 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts lud der Landesbeauftragte im November 2018 gemeinsam mit dem *Landesfrauenrat Schleswig-Holstein* zu einer Diskussion über Frauenrechte und Gleichstellungspolitik ein. Landtagsabgeordnete von CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen, FDP und SSW

sowie 160 weitere Gäste folgten der Einladung und diskutierten unter dem Titel *Macht für die Mehrheit!* über politische Verantwortung von Frauen, über eine verbindliche Frauenquote und über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Ebenso 100 Jahre nach dem historischen Ereignis hielt FAZ-Herausgeber und Max Weber-Biograf Jürgen Kaube auf Einladung des Landesbeauftragten im Januar 2019 im voll besetzten Konferenzsaal des Kieler Landeshauses einen Vortrag über *Politik als Beruf*. Kaube stellte die Kernaussagen Webers von 1919 – Politik als Bohren harter Bretter, die Unterscheidung von Verantwortungs- und Gesinnungsethik, sowie Leidenschaft, Verantwortung und Augenmaß als Eigenschaften eines geeigneten Politikers – vor, um dann im Vergleich zur Gegenwart herauszuarbeiten, wie enorm sich in den letzten 100 Jahren der Charakter von Politik verändert hat.

Die Bedeutung der Grundrechte für das Leben junger Menschen stellte der Landesbeauftragte im Juni 2019 gemeinsam mit der *Arbeitsgemeinschaft der parteinahen politischen Bildungsträger und Stiftungen* in drei Projekttagen an Schulen in Schleswig-Holstein dar. In Workshops diskutierten die Schüler*innen anhand ausgewählter Grundrechtsartikel u. a. die Bedeutung der Meinungs- und Pressefreiheit sowie die Frage, was die Unantastbarkeit der Würde des Menschen konkret bedeutet. Besucht wurden die *Friedrich-Paulsen-Schule Niebüll*, die *Richard-Hallmann-Schule Trappenkamp* und das *Berufsbildungszentrum Plön/Fachschule für Sozialpädagogik* in Preetz. Anlass war der 70. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 2019. Im Herbst 2020 soll das Projekt mit drei weiteren Projekttagen fortgesetzt werden.

3.2 Historische Bildung und Erinnerungskultur

Historische Bildung und Erinnerungskultur sind feste Bestandteile politischer Bildung. Um politische Entwicklungen und Entscheidungen verstehen und beurteilen zu können, bedarf es historischer Kenntnisse über die Herkunft des politischen Gemeinwesens. In Deutschland meint dies vor allem das Wissen um den Zivilisationsbruch, den die Verbrechen in der Zeit des Nationalsozialismus markieren, und die Verantwortung, die damit für das Gemeinwesen insgesamt einhergeht. Aber auch andere historische Ereignisse und Strukturen, wie der Matrosenaufstand von 1918 oder die SED-Diktatur in der DDR, werden hier behandelt.

In diesem Themenfeld standen im Berichtszeitraum Aktivitäten im Vordergrund, die in unterschiedlicher Form die Zeit des Nationalsozialismus thematisiert haben. Eine ganz besondere Veranstaltung führte der Landesbeauftragte zusammen mit dem *Jüdischen Museum* in Rendsburg am 27. Mai 2019 durch. Die Holocaust-Überlebende Esther Bejerano las zunächst aus ihren Erinnerungen an ihre Gefangenschaft im Konzentrationslager Auschwitz. Im Anschluss gab sie gemeinsam mit der Band *Microphone Mafia* ein Konzert.

Zwei Ausstellungsprojekte im Sommer 2019 holten ebenfalls die Erinnerung an die NS-Verbrechen in das Zentrum der Aufmerksamkeit. Im August 2019 zeigte der Landesbeauftragte – in Kooperation mit der *Landeshauptstadt Kiel* und in Zusammenarbeit mit dem *Zentrum deutsche Sportgeschichte e. V.* sowie den *Universitäten Potsdam* und *Hannover* – an der Kiellinie die Ausstellung *Zwischen Erfolg und Verfolgung – Jüdische Stars im deutschen Sport bis 1933 und danach*. Die Ausstellung würdigte mit Hilfe großformatiger Skulpturen jüdische Athlet*innen; diese hatten einen großen Anteil an der Entwicklung des modernen Sports in Deutschland. Als Nationalspieler*innen, Welt- oder Europameister*innen, Olympiasieger*innen oder Rekordhalter*innen zählten sie zu den gefeierten Idolen ihrer Zeit. Nur weil sie Juden*Jüdinnen

nen waren, wurden sie im NS-Staat ausgegrenzt, entrechtet oder sogar ermordet. In der Ausstellungseröffnung am 2. August 2019 wurde über die Schicksale der jüdischen Sportler*innen im Nationalsozialismus sowie über Ausgrenzung und Diskriminierung damals und heute diskutiert.

Vom 25. August bis 25. September 2019 zeigte der Landesbeauftragte zusammen mit der *Aktion Kinder- und Jugendschutz in Schleswig-Holstein e. V.* die Ausstellung *Deine Anne. Ein Mädchen schreibt Geschichte* in Kiel. Fünf Wochen gastierte die Wanderausstellung des *Anne-Frank-Zentrums* (Berlin) in der *St.-Nikolai-Kirche*. In diesem Zeitraum besuchten insgesamt 17.224 Personen die Ausstellung. Darunter waren auch 1.024 Kinder und Jugendliche, die an den Führungen von 16 Peer-Guides teilnahmen. Schüler*innen der Jahrgangsstufen 7 bis 10 von Schulen aus ganz Schleswig-Holstein, Konfirmand*innen und weitere Jugendgruppen sowie junge Erwachsene von mehreren Berufsschulen und der *Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung* wurden von den Peer-Guides durch die Ausstellung begleitet.

Im Berichtszeitraum war ein weiteres wichtiges Themenfeld im Bereich der historischen Bildung die Beschäftigung mit der Geschichte der DDR und dem Unrecht, das vielen Menschen in der SED-Diktatur widerfahren ist. So trug der Fotograf und Zeitzeuge Siegfried Wittenburg an mehreren Schulen in Schleswig-Holstein vor, wie sich das Fehlen von Freiheit und Demokratie im Alltag auswirkte. Zugleich zeigte er mit seinen Vorträgen, die er mit eigenen Fotografien bebilderte, wie sich Menschen mit Mut, List und Klugheit aus einer Unterdrückung befreien konnten. Wittenburg war im Oktober 2017, im April und November 2018 sowie im Juni und Oktober 2019 jeweils eine Woche im Auftrag des Landesbeauftragten im gesamten Bundesland an Schulen unterwegs. Die Kooperation wird im Herbst 2020 fortgesetzt.

Im Jahr 2018 stand die 100. Wiederkehr der Novemberrevolution von 1918 im Mittelpunkt der Arbeit des Landesbeauftragten für politische Bildung. Mit der großen Wanderausstellung *Revolution 1918. Aufbruch in Schleswig-Holstein*, deren pädagogische Begleitung (Betreuung durch Teamer*innen sowie

Schüler*innen während einer Peer-Guide-Führung durch die Ausstellung *Deine Anne. Ein Mädchen schreibt Geschichte* im August 2019 in Kiel. Foto: *Aktion Kinder- und Jugendschutz in Schleswig-Holstein* / Kathrin Gomolzig.





Der Fotograf und Zeitzeuge Siegfried Wittenburg im März 2017 bei seinem Vortrag im RBZ Wirtschaft in Kiel.
Foto: RBZ Wirtschaft/Karsten Goeipel.

Erstellung und Verbreitung von Unterrichtsmaterial zur Ausstellung) der Landesbeauftragte verantwortete, wurde von Mai bis November 2018 über die historischen Hintergründe des „Matrosenaufstandes“ an acht Orten in Schleswig-Holstein informiert und die Frage aufgeworfen, was uns die Motive und Handlungen der Revolutionär*innen heute sagen können. Die Wanderausstellung war in Flensburg, Kiel, Lübeck, Rendsburg, Brunsbüttel, Husum, Neumünster und Molfsee zu sehen. Außerdem wurde mit dem innovativen Format eines Barcamps (2. und

3. November 2018 im Landeshaus) an die Beschäftigung mit den Ereignissen von 1918 herangeführt. Durch die aktive Teilnahme der überwiegend jungen Gäste entstand ein breit gefächertes Programm. Die einzelnen Sessions warfen interessante Fragen auf: Welchen Mut brauchten die Matrosen? Welche Rolle spielten die Frauen? Und wofür würden Menschen heute auf die Straße gehen? Gefördert wurden die pädagogische Begleitung der Ausstellung und das Barcamp von der *Bundeszentrale für politische Bildung*.

Die historischen Bezugspunkte der Arbeit in diesem Themenfeld wurden in einer großen Veranstaltung am 9. November 2018 im Kieler Landeshaus zusammengeführt. Über 200 Gäste erschienen zu einem Abend mit vier Vorträgen über die zentralen Ereignisse dieses besonderen Datums der deutschen Geschichte: Prof. Dr. Karl-Heinrich Pohl referierte über die Novemberrevolution 1918/19, Dr. Harald Schmid trug zur Reichspogromnacht 1938 vor und Dr. Anna Kaminsky nahm die Öffnung der Berliner Mauer 1989 in den Blick. Prof. Dr. Karl-Heinz Breier führte schließlich die historischen Ereignisse unter dem Titel „Freiheit ist immer republikanisch“ zusammen.

3.3 Bürgerschaftliches Engagement und kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung

Politische Bildung umfasst immer die politische Praxis und die damit verbundene Erfahrung, an der Gestaltung der gemeinsamen Angelegenheiten teilhaben zu können. Die Beteiligung an politischen Beratungs- und Entscheidungsprozessen vermittelt den Bürger*innen ein konkretes Verständnis von Politik. Außerdem ist die Demokratie auf Bürger*innen angewiesen, die durch ihr Engagement die Demokratie mit Leben füllen. Eine bedeutende Aufgabe politischer Bildung besteht somit in der Befähigung und Ermutigung – insbesondere junger Menschen – zu politischem und gesellschaftlichem Engagement.

Den Schwerpunkt in diesem Themenfeld bildet die kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung. Der Landesbeauftragte für politische Bildung beteiligte sich mit unterschiedlichen Formaten von 2017 bis 2019 am Landesforum der Kinder- und Jugendvertretungen in Schleswig-Holstein *PartizipAction!* des *Kreisjugendrings Stormarn e. V.* Seit dem Jahr 2020 ist er auch formal offizieller Kooperationspartner in diesem Projekt. *PartizipAction!* ist Schleswig-Holsteins Vernetzungs- und Fortbildungstreffen für Kinder- und Jugendvertretungen. Es dient dem Austausch der in den kommunalen Vertretungen

politisch aktiven Jugendlichen und bietet ihnen in jugendgerechten Formen Fortbildungsmöglichkeiten für ihr Engagement in der Gemeinde an.

Der Landesbeauftragte tauscht sich im Rahmen von *PartizipAction!* regelmäßig in verschiedenen Gesprächsformaten mit den Jugendlichen aus. Hierbei wurde deutlich, dass die Themen Kommunalpolitik und Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche im Schulunterricht nur wenig thematisiert wurden. Dies nahm der Landesbeauftragte zum Anlass, das Unterrichtsmaterial *Demokratie direkt vor unserer Tür* zu entwickeln, welches an alle weiterführenden Schulen in Schleswig-Holstein verschickt wurde und seit seinem Erscheinen im April 2018 weiterhin stark nachgefragt wird. Das Material umfasst außerdem eine Arbeitshilfe für die außerschulische Jugendarbeit, die in der *Juleica*-Aus- und Fortbildung eingesetzt wird und über den *Landesjugendring Schleswig-Holstein e. V.* und die Moderator*innenfortbildung zur Jugendbeteiligung des *Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren des Landes Schleswig-Holstein* zur Verfügung gestellt wird. Das gesamte Material ist mittlerweile in der dritten Auflage erschienen.

Weiterhin unterstützte der Landesbeauftragte die landesweiten Wahlen der Kinder- und Jugendvertretungen, die im Berichtszeitraum zwei Mal durchgeführt wurden. Die landesweiten Wahlen wurden erstmalig vom 20. bis 27. November 2017 in über 20 Gemeinden durchgeführt. Vom 18. bis 24. November 2019 fanden diese Wahlen zum zweiten Mal an einem landesweit einheitlichen Termin statt. In diesem Zeitraum wurden in 32 Gemeinden in Schleswig-Holstein die Kinder- und Jugendvertretungen neu gewählt. Neben der Beratung der jugendlichen Initiativen zu den Wahlen 2017 und 2019 wurden die Organisation und die Ausrichtung der jeweiligen Auftaktveranstaltung maßgeblich unterstützt. In dieser Weise wurde den in den Gemeinden aktiven Jugendlichen die Möglichkeit gegeben, auf die Wahlen und das Thema der kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung aufmerksam zu machen. Durch die Beteiligung des *Städteverbandes Schleswig-Holstein* an der Podiumsdiskussion der Auftaktveranstaltung 2019 und den großen Zuspruch, den

die Wahlen aus den kommunalen Verwaltungen erfordern, konnten die landesweiten Wahlen wichtige Impulse für die Kinder- und Jugendbeteiligung in die Kommunen geben.

Als Beitrag zur Gleichstellung ermutigte der Landesbeauftragte gemeinsam mit dem *Kreis Schleswig-Flensburg* Mädchen und junge Frauen, sich politisch zu engagieren. 70 Schülerinnen hatten bei der Veranstaltung *Mein Weg in die Politik* am 26. April 2019 im Schleswiger Rathaus die Gelegenheit, sich mit sechs Politikerinnen auszutauschen. Die ehemalige *Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration*, Aydan Özoğuz, MdB (SPD) führte in

das Thema ein. Madina Assaeva (CDU, Ratsfrau der Landeshauptstadt Kiel), Serpil Midyatli, MdL (SPD), Aminata Touré, MdL (Bündnis 90/Die Grünen), Katharina Vogel (FDP, Geschäftsführerin der FDP-Kreistagsfraktion des Kreises Nordfriesland) und Julia Brüggem (AfD, Ratsfrau der Landeshauptstadt Kiel) schilderten den Teilnehmerinnen ihren politischen Werdegang sowie die Motivation für ihr politisches Engagement. Anschließend hatten die Schülerinnen im Speed-Dating mit den Politikerinnen die Möglichkeit, weitere Fragen zu deren politischen Biographien zu stellen sowie politische und gesellschaftliche Themen zu besprechen.

Die Diskutantinnen der Veranstaltung *Mein Weg in die Politik* am 26. April 2019 in Schleswig: Katharina Vogel, Julia Brüggem, Madina Assaeva, Aydan Özoğuz, Aminata Touré, Serpil Midyatli (v.l.n.r.) und Moderatorin Toska Jakob (Mitte)
Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung / Carla Ellbrück.



3.4 Extremismusprävention

Es gehört zum Kern der politischen Bildung, mit ihrem auf Mündigkeit und Universalität beruhenden Ansatz durch Information, Aufklärung und handlungsorientierte Projekte einen Beitrag zur Prävention jeglicher Formen von Extremismus zu leisten. Neben dem großen Aufgabenfeld des Rechtsextremismus spielt die Prävention gegen religiös begründeten Extremismus und gegen Linksextremismus eine weitere Rolle. Das Phänomen des Rechtspopulismus findet sich ebenso in der politischen Bildungsarbeit unter diesem Themenbereich wieder. In jedem dieser Felder liegt der Fokus der politischen Bildung auf der universellen Prävention. Die universelle Extremismusprävention zielt darauf ab, potenziellen extremistischen Einstellungen und Handlungen in der Allgemeinbevölkerung frühzeitig entgegenzuwirken.

Die Bildungsangebote des Landesbeauftragten für politische Bildung im Bereich der Extremismusprävention sollen das Demokratiebewusstsein durch eine Förderung der Analyse- und Urteilskraft, der Förderung von Konfliktfähigkeit und Toleranz sowie der Befähigung zu wertorientiertem und mündigem Denken und Handeln stärken, um dauerhaft vor menschenfeindlichen, rassistischen, antisemitischen und antidemokratischen Einstellungen zu schützen. Neben der Vermittlung historischer Fakten ist das Wissen über die Vorzüge und Funktionsweisen eines demokratischen Regierungssystems (z. B. Menschenrechte, Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung) ebenso von Bedeutung wie das Erlernen demokratischer Denk- und Handlungsweisen. Insgesamt geht es darum, politische Werte und Normen zu vermitteln, um Entstehungsbedingungen von Radikalisierung und Extremismus im Vorfeld zu beeinflussen; das betont den vorbeugenden Charakter politischer Bildungsangebote. Zumeist sind die präventiven Maßnahmen phänomenübergreifend angelegt. Sie sind in schulischen sowie außerschulischen Zusammenhängen im demokratischen Handeln und Engagement aktiv erfahrbar.

Aufgrund des Selbstverständnisses und der Handlungslogik politischer Bildung ist die selektive Prävention nur vereinzelt und in bestimmten Projekten Gegenstand politischer Bildung; die indizierte Prävention zählt jedoch nicht dazu. Bei der selektiven Prävention werden gezielt einzelne Personen und selten auch Gruppen adressiert, bei denen zwar ein Potenzial vorhanden ist, antipluralistische Positionen auszuprägen bzw. sich extremistischen Organisationen zuzuwenden, aber noch keine Radikalisierungstendenz zu erkennen ist. Die indizierte Extremismusprävention richtet sich hingegen an Personen, die verfestigte extremistische Einstellungen und Verhaltensweisen aufweisen, an ausstiegswillige Personen und solche, die eventuell Straftaten mit extremistischem Hintergrund begangen haben. Beide Präventionsarten umfassen Aspekte der Intervention, der Deradikalisierung, der Ausstiegs- und Angehörigenberatung, der psychotherapeutischen Versorgung sowie weiterer psycho-sozialer Leistungen. Bei der selektiven und vielmehr noch bei der indizierten Prävention werden individuell zugeschnittene unterstützende und beratende Maßnahmen benötigt, die über den allgemeinen Charakter der politischen Bildung hinausgehen. Hierfür zuständige und eigens dafür qualifizierte Akteure sind u. a. Sicherheitsbehörden (Polizei, Verfassungsschutz, Justizvollzug), weitere staatliche Stellen (Ministerien, Jugend- und Sozialämter) sowie zivilgesellschaftliche Beratungsstellen.

Der Landesbeauftragte für politische Bildung ist im Bereich der Rechtsextremismusprävention Mitglied des *Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus Schleswig-Holstein*. Er arbeitet projektbezogen mit dem *Landesdemokratiezentrum* und den *Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus* zusammen. Der Landesbeauftragte ist Partner im Projekt *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* und beteiligte sich in diesem Projekt mit einem eigenen Vortrag an einer Fortbildung für Lehrkräfte.

Am 11. April 2018 lud der Landesbeauftragte in Kooperation mit dem *Allgemeinen Studierenden-ausschuss der Europa-Universität Flensburg* den Rechtsextremismus-Experten Andreas Speit in die



Ahmad Mansour während seines Vortrags am 18. März 2019 im Kreishaus in Schleswig.
Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung / Timm Landschof.

Kulturwerkstatt Kühlhaus in Flensburg ein, um mit ihm und dem Journalisten Carsten Janz über die Bewegung der sogenannten Reichsbürger in Deutschland und Schleswig-Holstein aufzuklären.

Dass persönliche Begegnungen und Austausch zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft oder Religion wechselseitig Ressentiments abbauen bzw. diese gar nicht erst entstehen lassen, ist eine zentrale Erkenntnis der Extremismusforschung. *All in – Transkulturelles Netzwerk gegen Antisemitismus und Rassismus* und die Veranstaltungsreihe *Jüdisches Leben heute* setzen daher auf unterschiedliche Formen der Begegnung und des Dialogs.

Das gemeinsam mit der *Zentralen Bildungs- und Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten e. V. (ZBBS)* angebotene kultur- und sprachübergreifende Format *All in* widmet sich sowohl antisemitischen und rassistischen Ansichten, die in der Gesellschaft aktuell verstärkt auftreten, als auch israelfeindlichen Anschauungen von Geflüchteten aus dem arabischen Raum. Die Workshops richten sich an junge Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie unterschiedlicher Religionszugehörigkeit und werden auf Deutsch, Farsi und Arabisch angeboten. Das Projekt verfolgt einen nachhaltigen Präventionsansatz, indem die Teilnehmer*innen der verschiedenen Workshop-Gruppen auch nach ihrer sechsmonatigen Projektteilnahme ein Netzwerk bilden, aus dem heraus weitere Aktionen und Projekte entstehen sollen.

Die seit 16 Jahren bestehende Reihe *Jüdisches Leben heute* thematisiert die Vielfalt des Judentums in Schleswig-Holstein. Die Veranstaltungen finden überwiegend vor Ort in den verschiedenen *Jüdischen Gemeinden in Schleswig-Holstein* statt. Es werden religiöse, gesellschaftliche und politische Themen angesprochen und eine Begegnung mit dem jüdischen Leben ermöglicht. Dabei ist stets präsent, dass auch 75 Jahre nach dem Menschheitsverbrechen der Shoa das jüdische Leben durch antisemitische Denk- und Handlungsweisen eingeschränkt und bedroht wird.

Fragen gelingender Integration standen am 18. März 2019 im voll besetzten Bürgersaal des Kreishauses in

Schleswig im Mittelpunkt. Der Landesbeauftragte für politische Bildung konnte in Kooperation mit dem *Kreis Schleswig-Flensburg*, der *Diakonie Schleswig-Holstein* und dem *Evangelisch-Lutherischen Kirchenkreis Schleswig-Flensburg* den Autor Ahmad Mansour für die Veranstaltung *Klartext Integration* gewinnen. Mansour, eine der profiliertesten Stimmen in der Integrationsdebatte in Deutschland, bezeichnete in seinem Vortrag vor mehr als 200 Gästen die Integration als eine „Jahrhundertaufgabe“. Er forderte, keine falsche Toleranz zu üben und durch ein selbstbewusstes Auftreten des Staates auch die Probleme und Herausforderungen der Integration klar zu benennen. Am Nachmittag leitete Mansour bereits einen Workshop für schleswig-holsteinische Lehrkräfte zum Umgang mit Jugendlichen aus sogenannten „Ehrenkulturen“.

Neben zahlreichen weiteren Projekten und Veranstaltungen bietet der Landesbeauftragte Publikationen zu dem Themenfeld Rechts- und Linksextremismus sowie Islamismus und Populismus an (siehe Kapitel 2.5).

3.5 Digitalisierung und Medienkompetenz

Je mehr sich die Lebenswelten vor allem junger Menschen in die digitale Sphäre verlagern, desto mehr müssen Angebote der politischen Bildung auch im Digitalen stattfinden. Einerseits sind Veranstaltungen und Projekte um digitale Formen zu erweitern, andererseits umfasst politische Bildung im Digitalen auch die Aufklärung über die digitalen Medien selbst. Politische Bildung zielt in diesem Zusammenhang vor allem auf die Vermittlung von Medienkompetenz.

Die politische Meinungs- und Urteilsbildung steht durch die Digitalisierung vor erheblichen Herausforderungen, vor allem durch die Phänomene Fake News und Hate Speech. Fake News manipulieren und verzerren die digitale politische Öffentlichkeit. Hate Speech führt zu einer Verrohung des politischen Diskurses und verhindert eine sachliche demokratische Auseinandersetzung. Zwei Tage vor der Bundestagswahl, am 22. September 2017, lud der Landesbeauftragte für politische Bildung die Autorin und österreichische Digitalbotschafterin der EU-Kommission Ingrid Brodnig sowie den Politikberater Martin Fuchs zur Veranstaltung *#hateandfake – Politische Kommunikation, Big Data und Wahlkampf 4.0* ins Kieler Landeshaus ein, um zu diskutieren, welchen Einfluss Hate Speech und Fake News auf die politische Debatte haben. Die Veranstaltung wurde im Vorfeld von einem *Instawalk* begleitet. Drei Influencer*innen aus Schleswig-Holstein nahmen mit je drei ihrer Follower*innen an einer Führung durchs Landeshaus teil und diskutierten mit Abgeordneten über Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Familienpolitik. Über 130.000 Follower*innen wurden durch den *Instawalk* auf die Bundestagswahl aufmerksam gemacht sowie für die Themen Fake News und Hate Speech sensibilisiert.

Zu den festen Terminen im Jahr zählten im Berichtszeitraum der *Jugendpressefrühling* und der *Medienkompetenztag Schleswig-Holstein*. Während des *Jugendpressefrühlings* eignen sich medienaffine Jugendliche im Rahmen eines viertägigen Workshops

gemeinsam journalistisches Know-how an und produzieren eigene Inhalte. Neben den klassischen Formaten wie Zeitung, Fernsehen, Film und Magazin wurden auch digitale Formate redaktionell erstellt. Durch das Engagement des Landesbeauftragten wurden in allen Bereichen auch intensiver politische Themen behandelt, so beispielsweise in einem Gesprächsformat mit Abgeordneten des *Schleswig-Holsteinischen Landtages*. Der *Jugendpressefrühling* leistet einen erheblichen Beitrag zur Förderung der Medienkompetenz der Teilnehmer*innen, da durch die eigene Produktion ein tiefergehendes Verständnis des jeweiligen Mediums und seiner Handlungslogiken erreicht wird. Diese Kenntnisse tragen die jungen Menschen im Nachgang auch in ihr jeweiliges Umfeld und nehmen so eine wichtige Funktion als Multiplikator*innen wahr.

Ebenfalls ausgeweitet wurde das Engagement beim *Medienkompetenztag Schleswig-Holstein*. Der Landesbeauftragte gehört seit 2019 zu den Institutionen, die den Fortbildungstag für das veranstaltende *Netzwerk Medienkompetenz Schleswig-Holstein* finanzieren und organisieren. In den letzten Jahren haben jeweils über 500 Lehrkräfte, Erzieher*innen, Akteur*innen aus der außerschulischen Jugendbildung, Eltern und weitere Interessierte aus ganz Schleswig-Holstein am *Medienkompetenztag* teilgenommen. Der *Medienkompetenztag* ist damit die größte Fortbildungsmesse Schleswig-Holsteins rund um den Einsatz von Medien in der Schule und der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung. Im Berichtszeitraum hat der Landesbeauftragte im Rahmen des *Medienkompetenztages* Workshops und Themenbörsen organisiert, in denen sich die Teilnehmer*innen über mediengestützte Formate politischer Bildung sowie Möglichkeiten der Information und Partizipation mit digitalen Medien informieren und austauschen konnten.

Ein bundesweites Kooperationsprojekt stellen die *Aktionstage Netzpolitik & Demokratie* dar. Da Netzpolitik nahezu jeden Bereich gesellschaftlichen Zusammenlebens durchdringt, aber kaum jemand benennen kann, wie Netzpolitik den Alltag der Bürger*innen bestimmt, riefen die *Landeszentralen für politische Bildung* und die *Bundeszentrale für poli-*



Teilnehmer*innen während des *Jugendpressefrühlings*.
Foto: Jugendpressefrühling / Jan Philip Ernstling.

tische Bildung 2018 gemeinsam die *Aktionstage Netzpolitik und Demokratie* ins Leben. Der Landesbeauftragte für politische Bildung bot in diesem Rahmen 2018 und 2019 Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen an, beispielsweise am 7. Juni 2018 zum Thema *Netzpolitik und Demokratie?* mit dem Gründer und

Chefredakteur von *netzpolitik.org* Markus Beckedahl. Im November 2020 soll dieses Engagement des Landesbeauftragten in Kooperation mit der *Aktion Kinder- und Jugendschutz in Schleswig-Holstein e. V.* und unter Einbeziehung weiterer Partner*innen aus Schleswig-Holstein ausgeweitet werden.

3.6 Europäische und internationale Politik

Angesichts einer globalisierten Welt und der Verflochtenheit deutscher Politik in den Strukturen der Europäischen Union kann politische Bildung sich nicht auf nationalstaatliche Themen beschränken, sondern muss sich mit der europäischen und internationalen Politik befassen. Der hohe Wert eines friedlichen und stabilen europäischen Gemeinwesens sowie die Vielfalt der Kulturen müssen in politischen Bildungsangeboten verständlich und erfahrbar gemacht werden.

Der Landesbeauftragte beging seinen Jahresauftakt seit 2017 mit dem Deutsch-Französischen Dialogforum, das zusammen mit der Deutsch-Französischen Gesellschaft Schleswig-Holstein e. V., der Familie Mehdorn Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein e. V. organisiert und durchgeführt wurde. Anlass für diese Dialogreihe war der Anschlag auf die Redaktion der Satirezeitschrift Charlie Hebdo und einen jüdischen Supermarkt in Paris im Januar 2015. In den vergangenen vier Veranstaltungen standen Themen der deutsch-französischen Beziehungen und der europäischen Politik im Mittelpunkt: *Warum radikalisiert sich Jugendliche für den Dschihad?* (2017), *„Il faut cultiver notre jardin européen.“ Die deutsch-französische Freundschaft stärken, heißt Europa stärken!* (2018), *Demokratie en Marche! Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation in Frankreich und Deutschland* (2019) und *Woran erinnern wir und warum? Perspektiven auf die deutsche und die französische Erinnerungskultur* (2020).

Der Landesbeauftragte für politische Bildung ist seit 2016 Kooperationspartner bei *Model United Nations Schleswig-Holstein (MUN-SH)*. Dabei handelt es sich um ein groß angelegtes Planspiel zu den Vereinten Nationen. *MUN-SH* vermittelt Wissen, weckt Interesse an gesellschaftlichem und politischem Engagement und bringt den Teilnehmer*innen durch eine Simulation internationale Politik näher. Jährlich im März kommen knapp 500 Jugendliche und junge Erwachsene aus der ganzen Welt für vier Tage in das Kieler Landeshaus, um

in die Rolle von Diplomaten*innen, Journalisten*innen sowie Vertreter*innen von NGOs zu schlüpfen und die Komplexität internationaler Politik zu erleben.

Politische und kulturelle Bildung sind eng verbunden. Das beweist jährlich der Schleswig-Holsteinische *Literatursommer*, der gemeinsam mit dem *Literaturhaus Schleswig-Holstein e. V.* und weiteren Kooperationspartner*innen durchgeführt wird. Jeder Sommer hat einen eigenen Länderschwerpunkt, mit dem nicht nur die Literatur eines Landes an unterschiedliche Orte in Schleswig-Holstein getragen wird, sondern auch Informationen und Diskussionen über dessen Geschichte, Politik und Gesellschaft. In den letzten Jahren standen Bosnien & Herzegowina, Kroatien und Serbien (2017), Israel (2018), Norwegen (2019) und Irland (2020) im Mittelpunkt der literarischen Sommer in Schleswig-Holstein.

Um die Zukunft Europas ging es in einem gut besuchten Vortrag von Prof. Dr. Ulrike Guérot am 7. Mai 2019 im Schleswig-Holstein-Saal des Landeshauses, kurz vor den Wahlen zum Europäischen Parlament (siehe dazu auch Kapitel 5). Die Politikwissenschaftlerin plädierte für einschneidende Strukturreformen der Europäischen Union. Prof. Guérot verstand ihren Vortrag als Gesprächsanstoß, nicht als abschließende Lösung. Der Gedanke, überhaupt Strukturreformen in der EU durchzusetzen, sei erst einmal diskussionsfähig zu machen.

Einen besonderen Gast konnte der Landesbeauftragte für politische Bildung am 12. Oktober 2019 im Kieler Landeshaus begrüßen: Der Journalist Deniz Yücel las aus seinem kurz zuvor erschienenen Buch *Agentterrorist. Eine Geschichte über Freiheit und Freundschaft, Demokratie und Nichtsodemokratie*. Über 250 Gäste verfolgten von den vollständig besetzten Plätzen des Plenarsaals und der Besuchertribüne die Lesung und das Gespräch von Yücel mit Moderatorin Yasemin Ergin. Yücel verband Beschreibungen über seine Inhaftierung in der Türkei sowie die Gewalt und Schikane gegen seine Person immer wieder mit politischen Entwicklungen in der Türkei und den deutsch-türkischen Beziehungen. Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit dem *Literaturhaus Schleswig-Holstein e. V.* durchgeführt.

Prof. Dr. Ulrike Guérot bei Ihrem Vortrag am 7. Mai 2019 im Kieler Landeshaus. Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung / Christian Kniese.



Dr. Christian Meyer-Heidemann lud den Journalisten Deniz Yücel am 12. Oktober 2019 ins Kieler Landeshaus ein. Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung / Christian Kniese.



3.7 Landeskunde Schleswig-Holstein und nationale Minderheiten

Eine bedeutende Aufgabe der politischen Bildungsarbeit in Schleswig-Holstein besteht darin, die Besonderheiten des nördlichsten Bundeslandes aufzugreifen und zu vermitteln. Zentral ist hier, dass Schleswig-Holstein das einzige Bundesland ist, in dem mit der friesischen Volksgruppe, der dänischen Minderheit und der Minderheit der deutschen Sinti und Roma drei anerkannte nationale Minderheiten leben. Diese und weitere schleswig-holsteinische Besonderheiten gilt es in den Bildungsangeboten des Landesbeauftragten für politische Bildung zu vermitteln.

Im Jahr 2018 hat der Landesbeauftragte zwei Unterrichtsmaterialien herausgegeben, die die Landespolitik und die Kommunalpolitik in Schleswig-Holstein für den Politikunterricht aufbereiten. Beide Materialien wurden von Expert*innen der Politikwissenschaft bzw. politischen Bildung verfasst. Die Herausgabe wurde durch den Landesbeauftragten betreut. Die Unterrichtsmaterialien können in gedruckter Form kostenfrei bestellt werden und sind auch als Download auf der Website des Landesbeauftragten verfügbar.

Das Material *Demokratie in Schleswig-Holstein* stellt in fünf Modulen die Institutionen, Akteur*innen und Prozesse der Landespolitik vor – inklusive Stundenraster, Kopiervorlagen und didaktischen Hinweisen. Das Material richtet sich an die Sekundarstufe II und ist bereits in der 2. überarbeiteten Auflage erschienen.

Das Unterrichtsmaterial *Demokratie direkt vor unserer Tür!* möchte die Strukturen, Akteur*innen und Entscheidungswege kommunaler Politik den Schüler*innen nahebringen. Werden ihre Meinungen gehört? An wen können sie sich wenden, wenn sie politisch aktiv werden wollen? Entlang solcher Fragen werden die politischen Gestaltungsmöglichkeiten der Jugendlichen in ihren Städten und Gemeinden lebensnah aufgegriffen und auf die Situation in den jeweiligen Kommunen übertragen. Das Unterrichtsmaterial richtet sich an Schüler*innen ab Klassenstufe 8. Im

Jahr 2019 wurde es ergänzt um Arbeitshilfen für die außerschulische Bildungsarbeit.

Ist Heimat da, wo der Trecker steht? – so wie es ein schleswig-holsteinisches Kind im Rahmen eines Wettbewerbes formuliert hat? Auf Einladung des Landesbeauftragten, des *Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes* und des *Kulturforums Schleswig-Holstein* diskutierten im Februar 2019 der Schriftsteller Wladimir Kaminer, die stellvertretende Präsidentin des *Heimatbundes* Serpil Midyatli, MdL, und die Bloggerin Julia Nissen über Heimat. Sie stellten fest, dass der Begriff Heimat ganz persönlich konnotiert ist und immer wieder neu angeeignet werden muss. Wie individuell Heimat sein kann, vermittelte Kaminer mit verschiedenen Texten aus seinen Werken. Seine Geschichten von Emigration aus der Sowjetunion, von kulturellen Missverständnissen und Berliner Eigentümlichkeiten sorgten für viel Heiterkeit im Publikum.

Im Jahr 2020 jährte sich die Grenzziehung zwischen Deutschland und Dänemark zum 100. Mal. Anlässlich dieses historischen Ereignisses führte der Landesbeauftragte – zusammen mit der *Abteilung Regionalgeschichte der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel* und dem *ADS-Grenzfriedensbund* – vom Oktober 2019 bis Februar 2020 eine Vortragsreihe durch, die verschiedene historische und aktuelle politische Aspekte des Grenzlandes und der Minderheiten ins Auge fasste. Nach einer Auftaktveranstaltung am 30. Oktober 2019 im Kieler Landeshaus fanden die Vorträge im ganzen Land, unter anderen in Husum, Schleswig und Flensburg, aber auch im dänischen Apenrade statt. Ein für Ende März 2020 in Kiel und Kopenhagen geplantes deutsch-dänisches Jugendparlament musste leider kurzfristig ausfallen.



v.l.n.r.: Wladimir Kaminer; Serpil Midyatli, MdL; Julia Nissen und Moderatorin Kathrin Matern am 28. Februar 2019 im Schleswig-Holstein-Saal des Kieler Landeshauses.
Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung / Christian Kniese.

4.

Besuch des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier

Am 8. März 2019 wurde dem Landesbeauftragten für politische Bildung eine besondere Ehre zu teil: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier besuchte auf Einladung von Dr. Christian Meyer-Heidemann das Projekt *New Ways for Newcomers* und diskutierte in Neumünster über Integration, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie die Werte des Grundgesetzes.

Das Staatsoberhaupt war am Internationalen Frauentag in das Neumünsteraner Vicelinviertel gekommen, um das Integrationsprojekt *New Ways for Newcomers* kennenzulernen. Es fand von April 2016 bis Ende 2019 an verschiedenen Orten in Schleswig-Holstein statt. *New Ways for Newcomers* wurde gemeinsam vom Landesbeauftragten, der Zentralen Bildungs- und Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten e.V. (ZBBS), Create Future e.V., dem Diakonischen Werk Altholstein und dem Quartiersmanagement Vicelinviertel in Neumünster organisiert. Projektleiter war Ehsan Abri, der selbst 2013 aus dem Iran nach Deutschland geflüchtet war.

Der Besuch fand im Rahmen des Ideenwettbewerbs *Demokratie ganz nah – Ideen für ein gelebtes Grundgesetz* statt, der unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten stand. Er stattete drei der 16 teilnehmenden Bundesländern einen persönlichen Besuch ab. Neumünster war nach Krefeld und Halle/Saale die dritte und letzte Station, die Bundespräsident Steinmeier in dieser Reihe besuchte.

Der Besuch des Projektes war in ein umfangreiches Rahmenprogramm eingebettet. Nachdem der Bundespräsident sich zunächst in das Goldene Buch der

Stadt eintrug, empfing ihn der Landesbeauftragte für politische Bildung, Dr. Christian Meyer-Heidemann, am Bildungszentrum im Vicelinviertel. Dort fand ein gemeinsames Fachgespräch der beiden mit Özgürcan Baş (*Junger Rat Kiel*), Elisabeth Dannenmann (AWO-Kita Zwergenland), Idun Hübner (ZBBS) und Monika Peters (ehem. Direktorin des Landesverbandes der Volkshochschulen Schleswig-Holstein) statt. Gemeinsam diskutierten die Expert*innen, mit welchen neuen Ansätzen politische Bildung die Themen Grundgesetz und Integration vermitteln kann.

Einen praktischen Ansatz für gelungene Integration bot *New Ways for Newcomers* mit einem gemeinsamen Mittagessen. Die Teilnehmer*innen bereiteten Lammkeule mit Baba Ghanoush sowie das Salatgericht Fatoush zu und tauschten sich mit Bundespräsident Steinmeier und Dr. Meyer-Heidemann über das Thema *Gleichstellung? – Für alle!* aus. Am Essen nahmen als Gäste Landtagspräsident Klaus Schlie, Ministerpräsident Daniel Günther, Neumünsters Stadtpräsidentin Anna-Katharina Schättiger sowie Oberbürgermeister Olaf Tauras teil.

Bei einer anschließenden Kaffeetafel des Bundespräsidenten in einem Neumünsteraner Café wurde ebenfalls über Gleichstellungsfragen diskutiert. 14 Bürger*innen sprachen mit dem Bundespräsidenten über Rollenbilder und Rollenkonflikte in Deutschland und in den Herkunftsländern der Zugewanderten. Zum Abschied überreichte der Landesbeauftragte für politische Bildung dem Bundespräsidenten eine Kaffeekanne mit den besten Wünschen für die zukünftigen Kaffeetafeln des Bundespräsidenten.

Der Landesbeauftragte für politische Bildung, Dr. Christian Meyer-Heidemann, begrüßt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 8. März 2019 in Neumünster. Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung / Christian Kniese.



Bundespräsident Steinmeier mit den Teilnehmer*innen des Kurses *New Ways for Newcomers* sowie den Gästen am 8. März 2019 im Bildungszentrum Vicelinviertel. Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung / Christian Kniese.



Dr. Christian Meyer-Heidemann überreicht dem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier zum Abschied eine Kaffeekanne. Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung / Christian Kniese.



5. Projekte und Aktivitäten zu Wahlen

Im Berichtszeitraum fanden vier Wahlen statt: Die Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 7. Mai 2017, die Bundestagswahl am 24. September 2017, die Kommunalwahlen am 6. Mai 2018 und die Wahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019. Im Vorfeld dieser Wahlen bot der Landesbeauftragte für politische Bildung zahlreiche Projekte an, die im Folgenden vorgestellt werden.

5.1 jung & wählerisch

Das Schulprojekt *jung & wählerisch* wurde von Dr. Christian Meyer-Heidemann bereits vor seiner Wahl zum Landesbeauftragten für politische Bildung gegründet und wird seit 2012 regelmäßig im Vorfeld von Wahlen angeboten. Im Projekt kommen Studierende als Teamer*innen mit Erstwähler*innen ins

Gespräch, um aktuelle Themen der jeweils zur Wahl stehenden Politik sowie den Sinn von Demokratie und Wahlen im Allgemeinen zu diskutieren. In den 90-minütigen Veranstaltungen können die Schüler*innen in einer offenen Gesprächssituation ihre Fragen stellen. Zum Einsatz kommen unterschiedliche Methoden, durch die sich die Jugendlichen aktiv beteiligen können. So werden beispielsweise Kandidat*innen als „Telefon-Joker“ angerufen und zu ihrem politischen Engagement oder dem Ablauf des Wahlkampfes befragt. Im Rahmen von *jung & wählerisch* wurden Erstwähler*innen an Gemeinschaftsschulen, Gymnasien und berufsbildenden Schulen gleichermaßen angesprochen und erreicht. Bei den Wahlen zum Bundestag und zum Europäischen Parlament standen aufgrund des Wahlalters ab 18 Jahren die berufsbildenden Schulen und die Sekundarstufe II im Mittelpunkt.

2017:
102
Termine an 42 Schulen
(Landtagswahl)

2017:
46
Termine an 18 Schulen
(Bundestagswahl)



Teamer*innen des Projekts *jung & wählerisch*.
Foto: Jana Jöhnk.



5.2 Wahl-O-Mat

Der Landesbeauftragte für politische Bildung setzte zur Landtagswahl 2017 in Kooperation mit der *Bundeszentrale für politische Bildung* und dem *Landesjugendring Schleswig-Holstein e. V.* das Online-Tool *Wahl-O-Mat* ein, um die Bürger*innen über die anstehende Wahl, wichtige Wahlkampfthemen und die Parteipositionen zu informieren. Der *Wahl-O-Mat* ist eines der bekanntesten Instrumente der politischen Bildung und hat sich seit 2002 als Informationsangebot im Vorfeld von Landtags-, Bundestags- und Europawahlen fest etabliert. Nach 2005 (90.000 Nutzungen) und 2012 (255.000 Nutzungen) erfuhr der *Wahl-O-Mat* zur Landtagswahl 2017 eine deutliche Steigerung der Aufmerksamkeit und wurde ca. 563.000 Mal genutzt. Der *Wahl-O-Mat* machte insbesondere jungen Menschen das Thema Politik auf eine leichte Weise zugänglich. Er machte auf wichtige Themen des Land-

tagswahlkampfs aufmerksam und stellte anhand konkreter und nachvollziehbarer Thesen die Unterschiede zwischen den Parteien heraus. Der *Wahl-O-Mat* funktioniert als Frage-Antwort-Tool und bietet die Möglichkeit, die eigene Position mit den Positionen der Parteien zu vergleichen. Das Tool gibt jedoch keine Wahlempfehlung ab.

Die Thesen für den *Wahl-O-Mat* wurden von einer Redaktion aus Jungwähler*innen aus Schleswig-Holstein im Alter von 16 bis 26 Jahren entwickelt. Unterstützt wurde die Redaktion von einem Expertenteam, bestehend aus einem Politikwissenschaftler, einer Journalistin und einer Pädagogin. Gemeinsam mit den Jugendlichen prüften die Expert*innen die Thesen auf ihre thematische Vielfalt und inhaltliche Plausibilität. Die erarbeiteten Thesen wurden den Parteien zur eigenverantwortlichen Beantwortung und Begründung ihrer Positionierung vorgelegt.



Spitzenpolitiker*innen starten den *Wahl-O-Mat* zur Landtagswahl 2017, v.l.n.r.: Patrick Breyer (Piraten), Lars Harms (SSW), Monika Heinold (Bündnis90/Die Grünen), Daniel Günther (CDU), Dr. Heiner Garg (FDP), Dr. Ralf Stegner (SPD). Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung / Babette Hinz.



Die Jugendredaktion des Wahl-O-Maten zur Landtagswahl 2017. Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung / Babette Hinz.

5.3 Wahl-O-Mat zum Aufkleben

Zur Landtags-, Bundestags- und Europawahl bot der Landesbeauftragte den *Wahl-O-Mat zum Aufkleben*, eine analoge Variante des *Wahl-O-Maten*, an. Beim *Wahl-O-Mat zum Aufkleben*, der in Kooperation mit der *Bundeszentrale für politische Bildung* durchgeführt wurde, kommen die gleichen Thesen wie in der digitalen Variante zum Einsatz. Die Thesen werden beim *Wahl-O-Mat zum Aufkleben* auf Stellwänden mit Klebepunkten beantwortet, so dass die Verteilung der Positionen innerhalb einer Gruppe abgebildet wird. Auf dieser Grundlage konnten Schulklassen, Jugendgruppen, aber vor allem auch Passant*innen die einzelnen Thesen diskutieren und die Verteilung der Positionen reflektieren. Ein individuelles Ergebnis war aber auch bei dieser Variante durch eine Lochkartenauswertung möglich. Für den Einsatz des *Wahl-O-Maten zum Aufkleben* bildete der Landesbeauftragte Teamer*innen aus,

die in Fußgängerzonen, Einkaufszentren, Rathäusern, Schulen und Jugendzentren im ganzen Land unterwegs waren.

Der *Wahl-O-Mat zum Aufkleben* zur Landtagswahl 2017 wurde in Ahrensburg, Bad Oldesloe, Brunsbüttel, Elmshorn, Glinde, Halstenbek, Itzehoe, Kiel, Lauenburg, Lübeck, Marne, Mölln, Oldenburg und in Quern präsentiert. Zur Bundestagswahl 2017 war der *Wahl-O-Mat zum Aufkleben* in Altenholz, Bad Oldesloe, Elmshorn, Eutin, Flensburg, Geesthacht, Heide, Henstedt-Ulzburg, Husum, Itzehoe, Kiel, Lübeck, Neumünster, Pinneberg, Rendsburg und Schleswig vor Ort. Im Vorfeld der Wahl zum Europäischen Parlament konnten Passant*innen und Schüler*innen in Bad Segeberg, Eckernförde, Eutin, Flensburg, Heide, Husum, Itzehoe, Kiel, Lübeck, Neumünster, Norderstedt, Pinneberg, Plön, Ratzeburg und Rendsburg ihre politischen Positionen mit denen der antretenden Parteien vergleichen.

2017:
14
Orte
(Landtagswahl)

2017:
16
Orte
(Bundestagswahl)

2019:
15
Orte
(Europawahl)

Junge Menschen vergleichen ihre politischen Positionen mit denen der zur Wahl stehenden Parteien.
Foto: Olaf Malzahn.



Dr. Christian Meyer-Heidemann zeigt Bildungsministerin Karin Prien den *Wahl-O-Mat* zum *Aufkleben* am 23. Mai 2019 in Neumünster. Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung / Christian Kniese.



5.4 Juniorwahl

Die *Juniorwahl* simuliert die Wahlen mit überwiegend noch nicht wahlberechtigten Schüler*innen in der Woche vor dem tatsächlichen Wahltermin. Das Projekt wurde zur Landtagswahl 2017 und zur Wahl zum Europäischen Parlament 2019 vom Landesbeauftragten für politische Bildung in Kooperation mit *Kumulus e. V. (Berlin)* umgesetzt. Unterstützt wurde die *Juniorwahl* durch das *Europäische Parlament*, die *Bundeszentrale für politische Bildung* und das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*. Die *Juniorwahl* zur Europawahl 2019 wurde zudem durch das *Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein* gefördert. Eine inhaltliche Vorbereitung dieser Simulation fand jeweils in den Wochen zuvor im Unterricht statt. Das landesweite Ergebnis der *Juniorwahl* wurde am Wahltag zeitgleich mit den ersten Hochrechnungen präsentiert. Die *Juniorwahl* zur Bundestagswahl 2017 wurde in Kooperation zwischen dem *Ministerium für Schule und Berufsbildung des Landes Schleswig-Holstein* und *Kumulus e. V.* durchgeführt. Erstmals zur Europawahl 2019 wurde ein spezielles Angebot für Grundschulen, die *Juniorwahl Kids*, vom *Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein* umgesetzt.

2017: 156
Schulen mit
39.000
Schüler*innen (Landtagswahl)

2019: 144
Schulen mit
32.000
Schüler*innen (Europawahl)

5.5 Diskussionen und Seminare für Erstwähler*innen

Im Vorfeld der Wahlen zum Landtag 2017 und zum Europäischen Parlament 2019 hat der Landesbeauftragte für politische Bildung in Zusammenarbeit mit dem *Verband politischer Jugend* Diskussionsveranstaltungen in Schulen durchgeführt. Der *Verband politischer Jugend* koordinierte als überparteilicher Zusammenschluss der Nachwuchsorganisationen die Teilnahme von Nachwuchspolitiker*innen. Diese stellten sich in Form eines Podiumsgesprächs oder im World-Café-Format den Fragen der Schüler*innen. Zur Landtagswahl 2017 wurden 55 Schuldiskussionen durchgeführt, zur Europawahl 29.

In den Wochen vor der Landtagswahl 2017 hatte der Landesbeauftragte gemeinsam mit dem *Offenen Kanal Schleswig-Holstein* und der *Hertie-Stiftung* Spitzenpolitiker*innen ins Studio des *Offenen Ka-*

nals Kiel geladen. Mit Torsten Albig (SPD), Daniel Günther (CDU), Monika Heinold (Bündnis90/Die Grünen), Wolfgang Kubicki (FDP), Patrick Breyer (Die Piraten) und Lars Harms (SSW) diskutierten alle Spitzenkandidat*innen der bis 2017 im Landtag vertretenen Parteien mit Jugendlichen die wichtigsten Themen der Wahl.

In Kooperation mit der *Nordsee-Akademie Leck* und der *Internationalen Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg* bot der Landesbeauftragte zur Landtagswahl und zur Europawahl Seminare für Erstwähler*innen an, die von insgesamt 150 jungen Menschen besucht wurden. Die Teilnehmenden bereiteten sich in drei Tagen intensiv auf die zur Wahl stehenden Parteien und ihre Positionen vor. Zum Abschluss der Seminare wurden Kandidat*innen der zur Wahl stehenden Parteien eingeladen, um in einem Speed-Dating mit den Erstwähler*innen ins Gespräch zu kommen.





Zukünftige Erstwahlhelfer*innen bei einem Vorbereitungsseminar. Foto: Haus Rissen Hamburg.

Gemeinsam mit dem *Haus Rissen* führte der Landesbeauftragte im Projekt *Erstwahlhelfer* Seminare durch, die junge Menschen zu Wahlhelfer*innen ausbildeten. Diese sorgten dann in ihren Gemeinden als Mitglieder des Wahlvorstandes für einen ordnungsgemäßen Ablauf der Wahl und warben zugleich innerhalb ihrer Freundes- und Familienkreise für eine Teilnahme an der jeweiligen Wahl. Dieses Projekt wurde zur Kommunalwahl 2018 und zur Europawahl 2019 in Schleswig-Holstein durchgeführt.

5.6 Weitere Projekte im Vorfeld von Wahlen

Über die genannten Aktivitäten hinaus bot der Landesbeauftragte für politische Bildung zu einzelnen Wahlen weitere Veranstaltungen und Projekte an, die im Folgenden kurz beispielhaft skizziert werden. Zur Landtagswahl 2017 wurde der Filmwettbewerb *Kreuzweise. 60 Sekunden für Schleswig-Holstein* in Kooperation mit *EinfallReich Media* ausgelobt.

Junge Filmemacher*innen waren aufgerufen, den Sinn von Demokratie und Wahlen in 60-sekündigen Filmen in Szene zu setzen. Es wurden insgesamt 14 Kurzfilme eingereicht, die besten drei Filme wurden am 9. April 2017 im *Studio Filmtheater* in Kiel uraufgeführt und prämiert. Schleswig-Holsteinische Kinos zeigten die drei Sieger-Filme bis zur Landtagswahl vor ihren Hauptfilmen.

Ebenfalls im Vorfeld der Landtagswahl 2017 produzierte der Landesbeauftragte zusammen mit dem *Lebenshilfewerk Mölln-Hagenow Video-Podcasts in Leichter Sprache*. Im Mittelpunkt standen Interviews, die Menschen mit Behinderung mit den Spitzenpolitiker*innen führten. Alle Videoformate sind über die Website des Landesbeauftragten abrufbar und wurden über die sozialen Medien beworben.

Zur Bundestagswahl 2017 produzierte der Landesbeauftragte für politische Bildung und der *Offene Kanal Schleswig-Holstein* gemeinsam eine Videoserie. In kurzen Videoclips wurde auf die Bundestagswahl aufmerksam gemacht. Die zur Wahl stehenden Kandidat*innen aus Schleswig-Holstein wurden vorgestellt und dabei kontroverse Themen der Bundestagswahl aufgegriffen. In jedem dreiminütigen Videoclip beantwortete ein*e Kandidat*in eine Frage zu einem politischen Thema. Die Fragen wurden im Vorfeld von interessierten Bürger*innen vornehmlich über die sozialen Medien gestellt.

In einer Veranstaltung im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 standen die Kommunen des Landes im Zentrum. Unter dem Titel *Was können Kommunen für die Europawahl 2019 tun?* diskutierten am 22. März 2019 im Kieler Landeshaus Kommunalpolitiker*innen und kommunale Verwaltungsspitzen mit der damaligen Europaministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack und zur Wahl stehenden Kandidat*innen zur Europawahl 2019. Im Zentrum stand die Frage, wie europapolitische Themen stärker in den Kommunen sichtbar gemacht werden können. Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit dem *Schleswig-Holsteinischen Landkreistag*, dem *Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag*, dem *Städteverband Schleswig-Holstein* sowie weiteren Partnern durchgeführt.

Mit einem *Flashmob* am 8. Mai 2019 im Kieler Einkaufszentrum *Citti Park* machte der Landesbeauftragte für politische Bildung in Kooperation mit der *Europa-Union Kiel* und vielen weiteren Partnern auf die bevorstehende Wahl zum Europäischen Parlament aufmerksam. Die Mitglieder von sechs Chören und das *Kieler Kammerorchester* sangen und spielten die „Ode an die Freude“ aus Beethovens 9. Symphonie. Sie überraschten damit die Passant*innen im *Citti Park* mit einer eindrucksvollen künstlerischen Darbietung. Flyer und ein großes Banner warben zur Teilnahme an der Wahl. Der Flashmob wurde filmisch festgehalten und ist bei Youtube abrufbar.

6. Handlungsempfehlungen

Schulfach Wirtschaft/Politik weiter stärken!

Bereits in seinem Bericht in der 18. Wahlperiode hatte der Landesbeauftragte für politische Bildung eine Stärkung des Faches Wirtschaft/Politik an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen gefordert.⁶ Es ist ein erfreuliches Signal, dass das *Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (MBWK)* angekündigt hat, ab dem Schuljahr 2020/21 an allen Gymnasien und Gemeinschaftsschulen das Fach in den Sekundarstufe I verbindlich mit vier Jahreswochenstunden zu unterrichten.⁷ Es sollte nach Ablauf des Schuljahres 2020/21 evaluiert werden, ob alle Schulen dieser Verpflichtung nachkommen konnten und ob der Bedarf an fachlich einschlägig qualifizierten Lehrkräften gedeckt ist. Sollte dies nicht der Fall sein, wäre die Wiederaufnahme des Faches Wirtschaft/Politik in die Liste der sogenannten Mangel-fächer ratsam, um Bewerber*innen mit diesem Fach bevorzugt in den Vorbereitungsdienst einstellen zu können. Außerdem sollte die durch das MBWK angekündigte Verschiebung des Faches Wirtschaft/Politik innerhalb der Kontingentstundentafel der Gemeinschaftsschulen zeitnah umgesetzt werden, damit das Fach im Bereich Gesellschaftswissen-

schaften sichtbarer wird und eine engere inhaltliche Abstimmung mit den benachbarten gesellschaftswissenschaftlichen Fächern stattfindet. Die Fachanforderungen der Fächer Wirtschaft/Politik und Weltkunde sollten daraufhin überprüft werden, inwieweit sich unklare Zuweisungen bzw. Doppelungen von Themen der politischen Bildung ergeben. Sinnvoll wäre es schließlich, auf Ebene der Fachschaften Wirtschaft/Politik und Weltkunde an den jeweiligen Gemeinschaftsschulen eine genauere Themen- und Aufgabenverteilung zwischen diesen beiden Fächern vorzunehmen.

Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus entschieden und präventiv entgegenzutreten!

Gegen alle Bereiche von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und jede Form von Extremismus sind ein entschiedenes Vorgehen und ein präventiver Ansatz notwendig. Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus stellen jedoch besonders virulente Herausforderungen dar. Es müssen bestehende Bildungs- und Beratungsstrukturen langfristig finanziell gestärkt werden. Projekte bzw. Pro-

6 Bericht des Landesbeauftragten für politische Bildung in der 18. Wahlperiode, *Drs. 18/5191*

7 Schreiben der Ministerin Prien vom 4. Februar 2020 an die Schulleitungen der Gymnasien und Gemeinschaftsschulen.

gramme gegen menschenfeindliche Einstellungen müssen zeitlich unbefristet gefördert und landesweit umgesetzt werden. Zudem ist es entscheidend, dass den Akteur*innen in Schleswig-Holstein bessere Möglichkeiten der Vernetzung geboten werden, um landesweite Synergien und Kooperationsmöglichkeiten noch stärker zu nutzen. Im Bereich der Antisemitismusprävention wurde mit der Einrichtung des *Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus* beim *Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur* bereits ein wichtiger Schritt getan.

In der schulischen und außerschulischen Bildung sollte den Themen Extremismus, Populismus, Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Kolonialismus ein größerer Rahmen zur Vermittlung beigemessen werden. Ebenso müssen bereits in der Lehramtsausbildung und weiteren pädagogischen Ausbildungen (bspw. Sozialpädagog*innen, Erzieher*innen, pädagogische Fachkräfte) diese Themen systematischer und verbindlicher Bestandteil sein. Außerdem sollten diese Themen Bestandteile regelmäßiger Fortbildungen der genannten Multiplikator*innen sein, da sie in diesen Themenfeldern über aktuelle Entwicklungen aufgeklärt und für diese sensibilisiert werden sollten. Es ist daher zu prüfen, ob die bestehenden Aus- und Fortbildungsangebote für die genannten pädagogischen Berufsfelder in ihrem Umfang ausreichend und die geforderten Inhalte dort hinreichend verankert sind.

Auch die Sicherheitsbehörden (Bundeswehr, Polizei, Justizvollzug etc.) müssen in Aus- und Fortbildungen für extremistische und rassistische Einstellungen, Aussagen und Handlungen weiter sensibilisiert werden. Mit der Verleihung des Titels *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* an die *Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei Eutin* wurde hier ein wichtiges Signal gesendet. Die politische Bildung stellt bereits in der Ausbildung angehender Polizist*innen einen wichtigen Bestandteil dar. Darüber hinaus bedarf es aber auch in den Fortbildungsmodulen für bereits im Dienst befindliche Polizist*innen der verbindlichen Wiedereinführung bzw. Stärkung von politischer Bildung.

Für Multiplikator*innen und eine interessierte Öffentlichkeit sollten umfängliche Bildungsangebote konzipiert werden, die beispielsweise ein „Argumentationstraining – wie begegne ich populistischen und extremistischen Parolen“ umfassen oder sich mit dem vermeintlichen Neutralitätsgebot der politischen Bildung beschäftigen. Solche Angebote schaffen eine bewusste Reflexion einer wertebasierten Grundhaltung. Rassismus und menschenverachtende Positionen müssen vor dem Hintergrund der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der Menschenrechte deutlich abgelehnt werden. Diese Positionen sind nicht durch die Neutralitätspflicht des Staates gedeckt und nicht mit demokratischen Werten vereinbar. Diese Positionen können und müssen deshalb auch im öffentlichen Diskurs ebenso wie im schulischen und außerschulischen Bildungsbereich kenntlich gemacht werden. Gegen rassistische, antisemitische und diskriminierende Äußerungen muss konsequent – auch strafrechtlich – vorgegangen werden.

Um Rechtspopulismus und Rechtsextremismus präventiv und entschieden zu begegnen, benötigt es einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz. Neben den staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen braucht es informierte und engagierte Bürger*innen. Hierfür ist es zentral zu prüfen, inwieweit weitere niedrigschwellige Zugänge für bestehende Präventionsangebote und eine politische und gesellschaftliche Teilhabe geschaffen werden können.

Verschörungserzählungen durch Medienkompetenz entgegenwirken!

Es existiert eine Vielzahl an Akteur*innen in Schleswig-Holstein, die sich auf unterschiedlichen Ebenen der Vermittlung von Medienkompetenz angenommen haben. Viele landesweit aktive Institutionen und Organisationen sind im *Netzwerk Medienkompetenz Schleswig-Holstein* organisiert. Um Medienkompetenz im Unterricht, in der außerschulischen Jugendbildung und in der Erwachsenenbildung zu stärken, ist ein Ausbau der Netzwerkstruktur und dessen

Organisationsgrad wünschenswert. Zu diesem Zweck sollten die jeweiligen Mitglieder des Netzwerks Medienkompetenz gestärkt werden.

Die Fülle an Informationen in Zeiten von Globalisierung, Digitalisierung und Krisen erfordert einen kompetenten Umgang mit Informationen. Verschwörungserzählungen erleben vor allem in Krisenzeiten wie der Corona-Pandemie ein hohes Maß an Zuspruch und Aufmerksamkeit. Die oft skurril und harmlos wirkenden Mythen kursieren vermehrt im Internet, hauptsächlich in sozialen Netzwerken, Messenger-Diensten, im Bekannten- und Freundeskreis und auf sogenannten Hygienedemos. Es besteht die Gefahr, dass Extremist*innen in der öffentlichen Debatte an Deutungsmacht gewinnen und mit ihren geschlossenen Weltbildern die demokratische Streitkultur schädigen. Zudem ziehen sie Verschwörungsdenken zur Legitimation von Gewalt heran. Die Ereignisse vom 29. August 2020 in Berlin und vor dem Reichstag spiegeln einen vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklungen wider. Sie verdeutlichen in hohem Maße, warum Verschwörung Anhänger*innen und Rechtsextremist*innen mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden muss.

Um Verschwörungserzählungen zu begegnen, benötigt es ein systematisches und präventives Vorgehen. Eigens dafür bestimmte Beratungsstellen existieren kaum. Daher müssen bestehende Beratungsstellen mit finanziellen und personellen Ressourcen gestärkt werden, um dieses zusätzliche Themenfeld bearbeiten zu können. Problematische Inhalte wie Verschwörungserzählungen, extremistische Propaganda, Fake News und Hate Speech sollten stärker in den schulischen Fachanforderungen verankert werden. Ebenso sollte das Themenfeld intensiver in außerschulischen Angeboten behandelt werden.

Gedenkstättenarbeit fördern und weiter professionalisieren!

Im Bereich der Gedenkstättenarbeit sollte der bereits eingeschlagene Weg der Professionalisierung weiterverfolgt werden. Die Gedenkstätten und Erinnerungsorte im Land sind wichtige Lernorte, nicht nur bei der Erinnerung an die Opfer der NS-Terrorherrschaft, sondern auch zur Vermittlung von Werten wie Menschenwürde, Toleranz und Demokratie. Die Gedenkstätten brauchen dafür an allen Orten zeitgemäße Ausstellungen und pädagogisch-didaktische Angebote. Zudem ist es notwendig, die Kooperationen zwischen Schulen und Gedenkstätten weiter auszubauen, damit möglichst viele junge Menschen eine Gedenkstätte besuchen können.

Zur Weiterentwicklung der Erinnerungskultur sind in den vergangenen Jahren bereits wichtige Schritte unternommen worden, etwa die Aufstockung der Zuwendung des Landes an die *Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten* zur Förderung der Gedenkstätten. Die Modernisierung der Gedenkstätten Ahrensböök und Kaltenkirchen sowie des Flanternbunkers Kiel wurde aus dem IMPULS-Infrastrukturprogramm des Landes gefördert. Über diese bedeutenden Maßnahmen hinaus brauchen die Gedenkstätten und Erinnerungsorte im Land auch weiterhin einen kontinuierlichen Mittelaufwuchs, um die oben genannten Aufgaben durch qualifiziertes, hauptamtliches Personal zu bewältigen sowie die Instandhaltung und Weiterentwicklung von Ausstellungen, Gebäuden und Infrastruktur gewährleisten zu können.

Eine strukturelle Weiterentwicklung der *Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten* ist darüber hinaus angebracht. Die *Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten* sollte in die Lage versetzt werden, den deutlich gestiegenen Anforderungen in der Förder- und Beratungsstruktur auch in Zukunft gerecht zu werden. Die derzeitige Stiftungsstruktur mit einem ehrenamtlichen Vorstand ist dazu nur bedingt in der Lage.

Praxiskontakte zwischen Schule und Politiker*innen ausbauen!

Der praktische Kontakt zwischen Schulen und Politik bietet große Potenziale für die politische Bildung. Auf Landesebene wie auch auf kommunaler Ebene lassen sich viele politische Strukturen, Prozesse und Prinzipien vor Ort lebensnah erklären und nachvollziehen. In dieser Weise kann Politik anschaulich vermittelt werden, da die Schüler*innen sich mit ihrem unmittelbaren Lebensraum auseinandersetzen.⁸ Auf Landesebene bieten sich Besuche des *Schleswig-Holsteinischen Landtages* an. Da im Landtag Politiker*innen verschiedener Parteien vertreten sind und unterschiedliche Standpunkte öffentlich diskutiert werden, lässt sich das Kontroversitätsgebot der politischen Bildung hier vergleichsweise leicht einhalten. Die Angebote des Besucherdienstes, die auch einen Austausch mit Abgeordneten in kleinerem Rahmen beinhalten, ermöglichen einen direkten Praxisbezug. Formate wie *Jugend im Landtag* sollten gestärkt werden. Außerdem sollten noch mehr Abgeordnete in die Schulen zum Dialog mit den Schüler*innen eingeladen werden. Auf kommunaler Ebene sollten Planspiele im Kreistag, Stadt- oder Gemeinderat, Tage der offenen Tür in Rathäusern und Kreisverwaltungen, thematische Zukunftswerkstätten mit Schüler*innen und die Begegnung und Diskussion von Schüler*innen und Kommunalpolitiker*innen grundsätzlich intensiviert werden. Hierzu sind eine gegenseitige Offenheit und eine noch stärkere Initiative auf Grundlage des Erlasses zur politischen Bildung in Schulen⁹ notwendig.

Kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung stärken!

Auf kommunaler Ebene lernen die Schüler*innen ihre eigenen Partizipationsmöglichkeiten in der Gemeinde kennen, können sich für ihre Interessen einsetzen und bereichern in dieser Weise das Gemeinleben insgesamt. Daher sollten in der kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung bestehende Formate und Instrumente verstetigt werden. Insbesondere die Fortbildungsangebote für Akteur*innen aus der Jugendarbeit sollten weiterhin angeboten und ausgeweitet werden, um in möglichst vielen Kommunen eigens qualifizierte Ansprechpersonen für die Beteiligung junger Menschen zu schaffen. Es ist zu begrüßen, dass das *Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren* die für Kinder- und Jugendbeteiligung maßgebliche Stelle im *Referat Jugendpolitik, Jugendarbeit und -förderung, Kinder- und Jugendschutz* neu besetzt hat und diese wichtige Arbeit fortgeführt wird. Die Verstetigung dieses Engagements ist entscheidend für gelingende Kinder- und Jugendbeteiligung in Schleswig-Holstein, da die Fortbildungsangebote für die Jugendlichen selbst und die Akteur*innen aus der Jugendarbeit wichtige Impulse geben. Diese Fortbildungsmöglichkeiten sollten über die Jugendarbeit hinaus für Mitarbeiter*innen der Kommunen und Kommunalpolitiker*innen erweitert werden, um diese noch stärker für Kinder- und Jugendbeteiligung zu sensibilisieren und in weiteren Gemeinden Beteiligungsstrukturen zu etablieren. Eine besondere Rolle kommt in diesem Zusammenhang den Schulen zu. Besonders in den Monaten vor den landesweiten Wahlen ist es dringend notwendig, dass die Rechte und Aufgaben der kommunalen Kinder- und Jugendvertretungen im Unterricht thematisiert werden. Idealerweise sollte auch die Wahl der Kinder- und Jugendvertretungen selbst in den Schulen stattfinden. Es hat sich gezeigt,

8 Meyer-Heidemann, Christian: Praxiskontakte mit Politiker*innen, in: Achour, Sabine/Busch, Matthias/Massing, Peter/Meyer-Heidemann, Christian (Hrsg.): Wörterbuch Politikunterricht, Frankfurt/M. 2020, S. 193 ff.

9 Erlass zur politischen Bildung in Schulen vom 6. Juli 2016

dass eine erfolgreiche Durchführung der Wahlen abhängig von der Unterstützung durch die Schulen ist. Daher sollte auch das *Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur* im Vorfeld der landesweiten Wahlen weiterhin auf diese aufmerksam machen und den Schulen empfehlen, die Durchführung der Wahlen vor Ort zu unterstützen.

Politische Bildung für Menschen mit Behinderungen bedarf barrierefreier Zugänge!

Menschen mit Behinderung – insbesondere Menschen mit kognitiven Einschränkungen – sind auf besondere Unterstützungsmaßnahmen angewiesen, um am politischen Prozess teilhaben zu können. Es bedarf barrierefreier Zugänge, die es diesem Personenkreis ermöglichen, sich politisch zu informieren und teilzuhaben. Da den politischen Parteien ein besonderer Auftrag zur politischen und gesellschaftlichen Willensbildung zuteil ist, tragen sie eine Verantwortung, die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen innerhalb ihrer eigenen Strukturen und im öffentlichen Diskurs noch stärker zu ermöglichen.

Im Berichtszeitraum wurden bereits vor den Wahlen zahlreiche Zugänge geschaffen. Diese Bemühungen sollten in Zusammenarbeit mit dem *Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung*, den Fraktionen und Parteien, der Öffentlichkeitsarbeit des Landtages und der Landesregierung sowie unter Einbeziehung von Menschen mit Behinderung und ihrer Interessenvertretungen verstetigt werden. Wünschenswert wären darüber hinaus Angebote, die auch unabhängig von Wahlen über politische Prozesse und Partizipationsmöglichkeiten informieren. Es sollten in den Werkstätten und Wohnheimen noch mehr verstetigte und nachhaltige politische Bildungsangebote ermöglicht werden. Diese sollten durch die Förderung entsprechender Fortbildungsangebote für die Mitarbeiter*innen und Beschäftigten unterstützt werden.

7. Ansprechpartner*innen

Der Landesbeauftragte für politische Bildung und sein Team stehen allen Bürger*innen und Kooperationspartner*innen gerne als Ansprechpartner*innen zur Verfügung. Die Büroräume und die Publikationsausgabe befinden sich gegenüber des Landeshauses im Karolinenweg 1, 24105 Kiel.



Dr. Christian Meyer-Heidemann

Landesbeauftragter für politische Bildung
Tel. 0431/988-1647
christian.meyer-heidemann@landtag.ltsh.de



Dr. Hauke Petersen

Stellvertreter des Landesbeauftragten für politische Bildung
0431/988-1643
hauke.petersen@landtag.ltsh.de



Michael Holldorf

Referent
0431/988-1645
michael.holldorf@landtag.ltsh.de



Pamela Streiter

Referentin
0431/988-1649
pamela.streiter@landtag.ltsh.de



Astrid Böttcher

Sachbearbeiterin

0431/988-1644

astrid.boettcher@landtag.ltsh.de

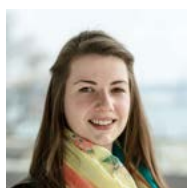


Babette Hinz

Sachbearbeiterin

0431/988-1642

babette.hinz@landtag.ltsh.de



Catharina Dolge

Assistenzkraft/Sekretariat

0431/988-1646

catharina.dolge@landtag.ltsh.de

Impressum

Der Landesbeauftragte
für politische Bildung Schleswig-Holstein

Karolinenweg 1
24105 Kiel

Telefon: 0431-988 1646
E-Mail: lpb@landtag.ltsh.de

www.politische-bildung.sh

